

# p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 34 / 06. OKTOBER 23

Wir ergreifen Partei

## FÜR BEZAHLBARE KRANKENKASSENPRÄMIEN.

Am 22. Oktober SP Liste 2 in den Nationalrat,  
Daniel Jositsch wieder in den Ständerat



WIR  
ERGREIFEN  
PARTEI.



SCHULSOZIALARBEIT UND INKLUSION

# Hausaufgaben für Gross und Klein

SEITE 3, 18

Bild: note thanum / unsplash

NATIONALE WAHLEN 2023

### Die SP in altbekannter Rolle: Not(h)wehr

S.16 - 17

IM GESPRÄCH

### Die Rückeroberung der Bahnhofstrasse

S.12 - 13

ROSELLINA BURRI-BISCHOF

### Kleine Würdigung einer Frau mit grosser Wirkung

S.23

## Denkste!

Pech beim Denken benennt eine freundliche Untertreibung im Falle eines windschiefen, verkürzten oder vergaloppierten Resultates alias felsenfesten Haltung, impliziert aber immerhin die Bemühung, das Kopfräderwerk zumindest überhaupt in Betrieb genommen zu haben. «refleXion» des Kollektivs Cie Gangwerk will den Prozess des Denkens an sich beliebt machen. Dass es dabei zu Verkettungen von Missverständnissen, eilends unternommenen Abkürzungen aus Gründen der Bequemlichkeit und Stumpengeleise von sich gleichzeitig gegenseitig widersprechenden Einfällen kommt, versteht sich. Denn Humor gehört bei Gangwerk mit zum Repertoire, einen Hintersinn spielerisch einnehmend zu vermitteln. Im Untertitel steht «das unendliche Kaleidoskop», was



(Bild: Jeanne Weishaupt)

unter Bezugnahme der Kindheitserinnerung auch optische Täuschung und eine die Hirnwindungen herausfordernde Überreizung, also Irritation zur Folge haben kann. *froh.*

Cie Gangwerk: «**refleXion**», Fr, 6. bis So, 8.10., 20h (So, 19h), Theater am Gleis, Winterthur.

## Sehen schulen

Mitchell Anderson und Daniel Baumann versammeln für ihre «Zürich Biennale» in der Kunsthalle



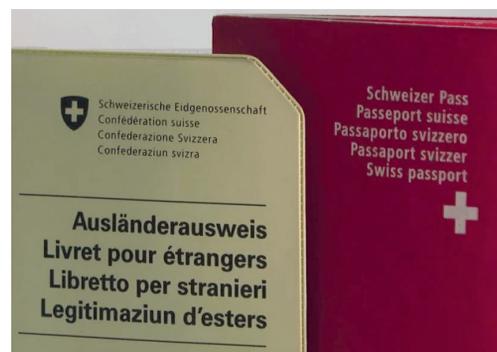
Lisa Jo, Mercy Rule, 2023, Courtesy Galerie Moliator and the artist. (Photo Eric Tschernow)

Zürich über zweihundert Werke von 47 Künstler:innen und Gruppen und erklären mit einem

völligen Understatement, der alleinige Zweck dieser Ausstellung läge in der Wirkung der Kunst auf sein Publikum. Keine Monothematik, keine geographische Verortung, keine Hierarchie der Formate, keine Lockvogelhighlights sorgen für eine sonst häufig übliche Hilfeleistung für eine Fokussierung des Blickes oder eine vorausseilende Ehrfürchtigkeit. Klingt total banal, kann handkehrum aber auch als Erziehungsmassnahme, der eigenen Wahrnehmung mehr Gewicht zuzubilligen gelesen werden, was wiederum jedweder Massentauglichkeit zuwiderläuft, weil: anstrengend. Immerhin eine – sehr lose zu verstehende – Gemeinsamkeit vereint die ausgewählten Stücke: Eine Sprache der Überspitzung, der Groteske, der Karikatur. *froh.*  
«**Zürich Biennale**», 7.10. bis 21.1.24, Kunsthalle, Zürich. Vernissage: Fr, 6.10., 18h, ebenda.

## Teilhabe

Fragezeichen in Titeln, sofern es sich dabei um mediale Schlagzeilen handelt, werden offenbar als für Clickbaiting dienlich angesehen, obschon die



Antwort darauf in den allermeisten Fällen Nein heisst. Auch das Podium über das Ausländer:innen-Stimmrecht im Karl der Grosse schürt mit dieser Interpunktion die Erwartung, wobei die Besetzung des Podiums darauf hindeutet, dass hier die Antwort Ja lauten wird und sich die Fragestellung mehr in Richtung eines probaten Ansatzes für eine Lösung entwickeln wird, als sich lange mit der Feststellung des Istzustandes aufzuhalten. Ein Viertel der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz ist aktuell von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, was im Wortsinne einer Demokratie nicht erwünscht sein kann. Mandy Abou Shoak (FiZ), Amine Diare Conde, Oliver Stribis (UZH) und Tahmina Taghiyeva (Stimme geflüchteter Frauen) debattieren. *froh.*

Podium: «**Die Schweiz Demokratie – ein Exklusivclub?**», Di, 10.10., 19h, Karl der Grosse, Zürich. Eintritt frei.

## Landessprache

Benedetto Vigne ist als Musikkritiker auch Unterländer:innen in Zürich ein Begriff, was nicht unbedingt für seine zeitgleich ausgefüllte Rolle als Urheber und Vermittler von rätoromanischer

Literatur und Musik gilt. Mit «Melodien meiner Grossmutter» oder eben «melodias da mi'tatta» veröffentlicht er ein Album mit 17 Liedern und einem ergänzenden illustrierten biographischen Büchlein, das er mit einem unplugged-Konzert und Lesungen (deutsch/rumantsch) hier vorstellt und Rock'n'Roll als universelles Lebensgefühl etabliert. Benedetto Vigne ist Vorstandsmitglied der Union per la Literatura und einstiges Gründungsmitglied der romanischen Literaturtage in Domat/Ems, wo im November die grosse Platten-Buch-Taufe stattfinden wird. Die Chanzuns stammen aus den vergangenen fünf Dekaden und wurden allesamt noch niemals öffentlich vorgetragen. Eine intime, vermutlich ungemein spassige Sause. *froh.*

«**Benni & otras – melodias da mi'tatta**», Mi, 11.10., 20h, Sphères, Zürich. Eintritt frei.



## Bosporus

Nach «Erdogan – die kritische Biographie» und «Die Generation Erdogan» tritt Cigdem Akyol aktuell mit dem neuen Sachbuch «Die gespaltene Republik – Die Türkei von Atatürk bis Erdogan» (Fischerverlage 2023, 400 Seiten, ca. 38.90 Franken) in die Öffentlichkeit. Im Gespräch mit Roger de Weck diskutiert die langjährige Journalistin und Auslandskorrespondentin mit einem um Studien osteuropäischer Geschichte und Völkerrecht angereicherten Rucksack über die aktuelle Lage der Türkei und die historische Entwicklung dorthin. Der Verlag nennt das Buch «eine umfassende, lebendige Geschichte der Republik», die auch Stimmen aus der Zivilgesellschaft, von ehemaligen türkischen Politikern, AKP-Parteikadern und vor der Bedrohung geflüchteten Journalisten versammelt. Cigdem Akyol beleuchtet die gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des nicht zu unterschätzenden Reiches am Bosphorus. *froh.*

Cigdem Akyol: «**Die gespaltene Republik**», Do, 12.10., 19.30h, Literaturhaus, Zürich und online.



# Schulsozialarbeit vor neuen Herausforderungen

## Entwicklungen in der Schulsozialarbeit am Beispiel Winterthur.

Matthias Erzinger

Nach Pionierjahren und einer Konsolidierungsphase steht die Schulsozialarbeit ganz generell in den nächsten Jahren vor neuen Herausforderungen. Eine Ausdifferenzierung der schulischen Sozialarbeit ist im Gang und künftig werden auch neue neurowissenschaftliche Erkenntnisse die Schulsozialarbeit herausfordern, betonte Florian Baier, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz und einer der Vordenker von Schulsozialarbeit in der Schweiz, an einer Veranstaltung zu 22 Jahren Schulsozialarbeit in Winterthur.

Dass Schulsozialarbeit heute an vielen Schulen nicht mehr wegzudenken ist, ist nicht selbstverständlich: «Jeder Schritt musste hart gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien erkämpft werden», hielt die ehemalige SP-Stadträtin Pearl Pedernana in ihrem Rückblick auf die Pionierzeit der Schulsozialarbeit (SSA) in Winterthur fest. So gab es ideologische Widerstände in den

Schulbehörden und es fehlte auch an Erfahrungen. «Damals herrschte im Kanton Zürich ein enormer Reformstau in der Volksschule. Sogar Appenzell hatte uns überholt und Schulleitungen und die Basisstufe statt dem Kindergarten eingeführt. In Winterthur stritt man im Jahr 2001 noch heftig darüber, ob Blockzeiten von neun bis elf Uhr eingeführt werden sollten oder nicht. Wenn die Lehrperson krank war, kam der Telefonalarm, manchmal erst um acht Uhr: Die Schule fällt heute aus. – Zustände, heute kaum mehr vorstellbar.» In diesem Umfeld sei die SSA entstanden, als in einem Sekundarschulhaus Probleme unter den Jugendlichen eskalierten. «Die Kreisschulpflegspräsidentin schlug vor, einen Sozialarbeiter beizuziehen.» In den damals 7 Schulkreisen wurden dann vier Sozialarbeitende bei den Kreisschulpflegern angestellt, einer von ihnen war Nik Gugger, der heutige Nationalrat.» Unter Pedernana als Schulvorsterin wurde 2001 das erste Projekt für eine Etablierung der SSA an den Winterthurer Schulen lanciert. Aufgrund einer Evaluation wurde ein einheitliches Konzept entwickelt und eine Fachstelle Schulsozialarbeit im Departement Schule und Sport



Florian Baier: Neue neurowissenschaftliche Erkenntnisse werden die Sozialarbeit an den Schulen verändern. (Bild: Barbara Egli)

gebildet. In einer Volksabstimmung wurde ein Kredit für die Schulsozialarbeit mit über 66 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Heute, nach einer weiteren Volksabstimmung im Jahr 2020, umfasst das Team der SSA in Winterthur über 30 Personen (siehe Kasten: Meilensteine der SSA in Winterthur).

## Neue Herausforderungen

Heute, so waren sich an diesem Anlass alle einig, sei die SSA aus dem Bildungssystem nicht mehr wegzudenken und breit akzeptiert. Trotzdem warnte Pearl Pedernana davor, sich zu sicher zu fühlen: «Die SSA wird immer wieder umstritten sein, und bei einer allfälligen Sparrunde ist das Erreichte gefährdet», betonte sie.

Florian Baier, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz und langer Begleiter der SSA als Forscher, sieht nicht nur politische Herausforderungen auf die SSA zukommen, sondern vor allem auch inhaltliche. Zum einen sind aus fachlicher Sicht zunehmend Ausdifferenzierungen auszumachen. Neben der SSA sind verschiedene weitere unterstützende Stellen an der Volksschule tätig. Eine grosse Herausforderung stellt so die Vernetzung aller verschiedenen Beteiligten dar. Generell, so Baier, ist die Koope-

ration im Bildungswesen und eine gemeinsame Zielformulierung entscheidend für zukunftsfähige Schulen. Auch der Mangel an Lehrkräften und die entsprechenden Folgen auf die pädagogische Qualität beeinflussen das soziale Umfeld an Schulen. Insbesondere häufige Wechsel der Bezugspersonen werden soziale Folgen haben, so Baier, die aufmerksam zu beobachten sein werden.

Als weiteren Punkt nannte Baier die Heterogenität unter den Jugendlichen und die Inklusionsthematik. Dieser muss durch die SSA eine grosse Priorität zugestanden werden und es ist wichtig, dass entsprechenden Zielvorgaben definiert werden.

Schliesslich wies Baier auch auf neue neurowissenschaftliche Erkenntnisse hin, welche die soziale Arbeit künftig beeinflussen werden. Demnach haben möglicherweise drei bis vier Prozent der Kinder visuelle Wahrnehmungsbeeinträchtigungen und können zum Beispiel Gesichter und damit Personen nicht richtig wahrnehmen oder ihr Orientierungssinn ist geschwächt. Dies könnte teilweise auffälliges Verhalten erklären, das heute mit ADHS diagnostiziert wird. «Die Neurowissenschaften werden in naher Zukunft zu starken Veränderungen in Therapie und sozialer Arbeit führen» beendete Baier seinen Ausblick.

### Meilensteine der Schulsozialarbeit in Winterthur

Ende 1990er Jahre	Soziale Probleme an Sekundarschulen führten einem Versuch mit Schulsozialarbeit in Wülflingen.
2001	Erstes Pilotprojekt mit vier angestellten Sozialarbeiter:innen, die den Kreisschulpflegern unterstellt sind.
2003	Evaluation und Auftrag an DSS, definitives Konzept zu erarbeiten.
2004 bis 2005	Modelldiskussionen, Ringen um Organisation und Zuständigkeiten. Um eine Volksabstimmung zu vermeiden, wird das Projekt sehr klein definiert.
2006	Stadtratsbeschluss und Antrag ans Parlament zur Einführung von SSA mit einem Kostenrahmen von 760 000.– Fr. Das Parlament erhöht den Betrag auf 960 000.– Fr. Die Stimmberechtigten sagen mit 66 Prozent Ja zur Schulsozialarbeit.
2007	Konzept wird angepasst. Aus finanziellen Gründen werden sogenannte «Stammsschulen» (physische Präsenz der SSA) und «Kontaktsschulen» (SSA auf Abruf) geschaffen. Angliederung der SSA beim Schulpsychologischen Dienst. Ein Teammitglied auf rund 2000 Jugendliche.
2010er Jahre	Das Konzept mit Stammsschulen und Kontaktsschulen stösst an Grenzen. Schaffung einer eigenen Abteilung innerhalb des DSS.
2017	Evaluation und Vorlage zum «bedarfsgerechten Ausbau der SSA» mit gleichzeitiger Abschaffung des Systems mit Stamm- und Kontaktsschulen.
2020	Volksabstimmung Ausbau der SSA. Neu ist die SSA in jedem Schulhaus vertreten. 100 Prozent SSA auf rund 700 Jugendliche. Gegen den Widerstand von rechtskonservativen Kreisen um die SVP wird die Vorlage mit rund 75 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

# Mit Krallen festhalten

Einen ganzen Morgen stritt sich der Kantonsrat im Ton anständig, in der Sache verbissen um den Seeuferweg rund um den Zürichsee. Wiegen die Interessen der zahlreichen Liegenschaftsbesitzer:innen an den Ufern mehr als das Recht der Spaziergänger:innen auf einen durchgehenden Seeuferweg? Der Kantonsrat empfiehlt die Seeuferinitiative mit 97:74 Stimmen den Stimmberechtigten zur Ablehnung.

Koni Loepfe

2014 beging eine grosse Mehrheit des damaligen Kantonsrats einen Fehler, den die Grünliberalen mit ihrem Gegenvorschlag diesen Montag wiederholen wollten. Diesmal widerstanden ausser den Grünliberalen alle der Versuchung, einen faulen Kompromiss wie 2014 zu schliessen. Ausser der GLP waren sich alle darin einig, dass ein Grundsatzentscheid nötig ist, ob die Interessen der vielen Hausbesitzer:innen mit Seeanschluss im Konfliktfall höher zu gewichten sind als ein Seeuferweg, der real meist am Ufer entlang führt und der nicht unterbrochen ist. Auch wenn dafür der eine oder der andere Hausbesitzer zumindest teilweise enteignet werden müsste.

2014 zogen der Verein Zürichseeufer und die EVP je eine Initiative, die offene Ufer und einen Seeuferweg verlangten, zugunsten eines Kompromisses zurück. Der Kompromiss beinhaltete neben offenen Ufern an Seen und Flüssen im ganzen Kanton einen durchgehenden Zürichseeuferweg, für den pro Jahr 6 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Diese Millionen blieben in den darauffolgenden Jahren unverbraucht, während der Kompromiss in den anderen Gegenden des Kantons durchaus zum Tragen kam.

Am Zürichsee gab vor allem der weitergehende politische und rechtliche Streit von sich reden. Ohne diese Geschichten hier nochmals aufzurollen: Der Streit drehte sich darum, ob der Privatbesitz am Ufer speziell oder nur soweit wie bei jedem Strassenbau geschützt werden soll, ob die Kosten dafür gebundene Ausgaben des Kantons sind oder ob die Gemeinden die Passage mit einem Veto verhindern können. Dann ging es um das Konzessionsland. Ein grosser Teil des Zürichseeufers ist aufgeschüttet. Die Landeigentümer erhielten das Land damals relativ günstig, wobei in den rund 10 000 Konzessionen viele Bestimmungen für



Vierorts am Zürichsee verwehren Verbotstafeln und Zäune der Bevölkerung den Zutritt, wie etwa hier in Oberrieden, wo es bloss ein paar vereinzelte öffentliche Mini-Zugänge, aber nirgends einen Uferweg gibt. (Bild: Arthur Schächli)

Durchgangsrechte enthalten sind. Was genau in den Konzessionsverträgen steht, ist weder öffentlich noch systematisch. Klar ist, dass die meisten Besitzer:innen ihr Land am See für ein ganz normales Privateigentum halten, an dem viele von ihnen mehr hängen als an üblichem Landbesitz. Für viele ist ihr Haus am See samt Rasen oder Garten mehr als eine sehr gute Anlage.

Zu diesen sachlichen Differenzen kommt sehr grosses persönliches Engagement: Einerseits von den Initiant:innen, die bald einmal realisierten, dass vom Kompromiss des Jahres 2014 wenig realisiert wird und dass die rechtlichen Erfolge sie dem Ziel auch nicht viel näher brachten. Auf der anderen Seite wehrten sich die Hausbesitzer:innen im Verein «Fair» auch nach dem Kompromiss vehement und in die Regierung wurde Carmen Walker Späh gewählt, die als Kantonsrätin zu den engagiertesten Kämpfer:innen für das Eigentumsrecht am Zürichsee gehört hatte und die ihre Haltung als halbwegs zuständige Regierungsrätin nicht änderte.

Jedenfalls reichte es dem Verein und er sammelte 2021 Unterschriften für eine neue Initiative. Wäre der Begriff nicht belastet, würde ich von einer Durchsetzungsinitiative sprechen. Darin wird, wie Julia Gerber Rüegg als Vertreterin des Initiativkomitees am Montag ausführte, nur verlangt, was Bundesrecht ist und was mit dem Kompromiss von 2014 vereinbart worden war. Nur jetzt halt ausgedeutet. Der Seeuferweg führt durchgehend entlang des Ufers und er muss bis 2050 gebaut sein. Das muss keineswegs zu Enteignungen führen, aber es ist klar, dass sich Landbesitzer:innen dagegen mit aller Konsequenz wehren werden und dass es zu Teilenteignungen kommen wird.

Was teuer werden könnte. Wie teuer, ist derzeit auch ein Streitpunkt. Die Regierung geht von 400 Millionen Franken aus, Julia Gerber Rüegg glaubt, dass die jährlich vorgesehenen 6 Millionen Franken ausreichen.

Auch wenn Martin Hübscher (SVP) in den Saal schmetterte, er zahle doch nicht «den teuersten Spazierweg der Welt», ging es der SVP und der FDP vor allem ums Prinzip. Sie schützen hier nicht nur die Grundstückbesitzer:innen am Zürichsee, sondern das Privateigentum an sich. Da einige aus der SVP (prominent der auch im Verein Fair engagierte Kantonsparteipräsident Domenik Ledergerber) auf der Nationalratsliste stehen, konnten sie der Versuchung nicht widerstehen, dies drei Wochen vor den Wahlen nochmals öffentlich kundzutun.

Eher eine Scheindebatte führte Marzena Kopp für die Mitte. Man müsse die Natur vor den Menschen auch schützen. Insofern sei ein durchgehender Seeuferweg für sie eher schädlich. Jonas Erni (SP) stellte die Dimension her: An den wenigen Stellen, an denen der Zürichsee ein intaktes Glattufer habe, respektiere auch der Seeuferweg die Ruhe der Natur, und der grosse Teil des verbauten Ufers mit Mauer und Rasen dahinter könne ökologisch nur aufgewertet werden. Was mit der Initiative besser als mit den privaten Wiesen hinter Hecken möglich sei.

Die Abstimmung findet am 3. März 2024 statt und ihr dürfte eine hitzige Auseinandersetzung vorausgehen, bei der es allerdings nicht um das Privateigentum an sich geht, sondern lediglich um eine kleine Einschränkung an einem See, den alle wunderschön finden.

# Heizkosten und Getränkekartons

**Der Zürcher Gemeinderat möchte, dass die Stadt alle erreicht, die Anspruch auf einen Heizkostenzuschlag haben. Zu reden gab auch ein Vorstoss der Grünen fürs Recyclen von Getränkekartons.**

Nicole Soland

Zu Beginn der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend hatte Ratspräsidentin Sofia Karakostas gleich drei Rücktritte zu vermelden, und zwar von Nadia Huberson (SP), Mischa Schiwow (AL) und Josef Widler (Die Mitte). Für die bereits zurückgetretene Nicole Giger (SP) nahm Leah Heuri erstmals Platz im Ratssaal.

Mit einem dringlichen Postulat wollte die AL-Fraktion geprüft haben, ob der Stadtrat «die Frist zur Einreichung des Antrags für eine Energiekostenzulage für das laufende Jahr einmalig erstrecken» könne. David Garcia Nuñez erinnerte daran, dass der Stadtrat das ursprüngliche Postulat seiner AL vom April 2022, das der Rat im Mai 2023 überwies, rasch umgesetzt und damit diese «wichtige Errungenschaft» ermöglicht habe (siehe auch P.S. vom 15. September). Zwar seien gegen 60 000 Menschen angeschrieben worden, doch das Antragsformular auszufüllen sei kompliziert, und die Frist sei knapp angesetzt gewesen. Es hätten sich nur rund 20 000 gemeldet, «viel zu wenige». Dabei seien angesichts der «explodierenden» Krankenkassenprämien, der steigenden Mieten und des geringeren Lohns viele Menschen auf diese Beiträge angewiesen. Deshalb müsse die unterdessen abgelaufene Eingabefrist für 2023 erstreckt und den Bezugberechtigten ein Reminder geschickt werden. Der Stadtrat solle sich auch kulant zeigen, wenn jemand noch nicht alle Unterlagen parat habe, die mit dem Antrag einzureichen seien.

Die Ablehnung der SVP begründete Samuel Balsiger unter anderem damit, weil «Mitte-Links» am «Technologieverbot» festhalte, sprich, keine neuen AKW wolle, müssten sie nun «fremdes Steuergeld umverteilen». Sie müssten den Leuten Geld zahlen an Ölheizungen, dabei wollten sie doch den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Das sei «irrwitzig». Sebastian Vogel (FDP) erklärte, seine Fraktion bleibe «in der Sache weiterhin dagegen», doch sie anerkenne, dass die Frist zu kurz gewesen sei. Deshalb enthielten sich die Freisinnigen der Stimme. Hannah Locher (SP) sagte, die Energiekostenzulage sei ein «wichtiger Beitrag für Haushalte mit geringen Einkommen», die bereits unter gestiegenen Mieten und Krankenkassenprämien litten. Auch die SP begrüsse es, wenn der Stadtrat prüfe, ob sich die «sehr kurze» Frist noch erstrecken lasse. Es gehe darum, dass möglichst alle Menschen erreicht würden, die bezugsberechtigt seien. Für die Mitte hielt Josef Widler fest, diese Zulage sei vor Kurzem erst beschlossen worden, jetzt müsse man nicht schon wieder «daran herumflicken». Samuel Balsiger versuchte in einem weiteren Votum, die Grünen damit zu pro-

vozieren, dass sie Nein stimmen müssten, wenn Öl und Gas derart verheerende Auswirkungen aufs Klima hätten, wie sie stets behaupteten: «Wenn Sie jetzt nicht Nein stimmen, machen sie sich total unglaublich.» Die Grünen beherrschten sich, dafür entgegnete ihm David Garcia Nuñez, wer nicht das Glück habe, ein Haus zu besitzen, müsse mit der Heizung leben, die sein:e Vermieter:in zur Verfügung stelle: «Was Sie den armen Leuten sagen ist, «friert doch einfach!»»

**«Wer nicht das Glück hat, ein Haus zu besitzen, muss mit der Heizung leben, die sein:e Vermieter:in zur Verfügung stellt: Was Sie den armen Leuten sagen ist, «friert doch einfach!»»**

David Garcia Nuñez, AL

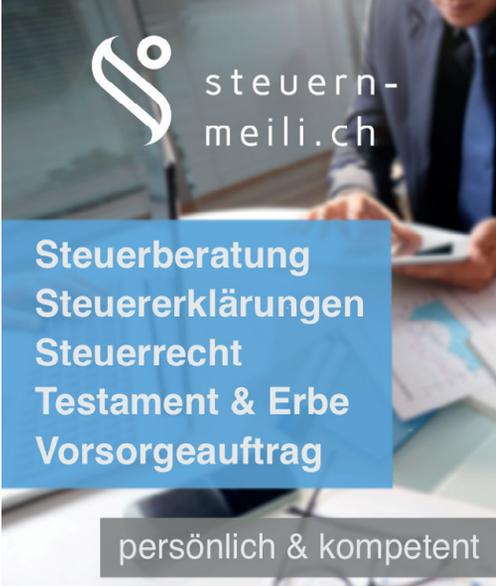
Sozialvorsteher Raphael Golta gab zum Schluss noch bekannt, dass bereits rund 20 000 Gesuche eingegangen seien – und dass ein Gesuch längst nicht immer gleichzusetzen sei mit einer Person, weshalb man «deutlich mehr Menschen» erreicht habe. Zudem habe man diese Übung ja zum ersten Mal gemacht, und dafür sei es «nicht schlecht gelaufen». Die Stadt sei bereits kulant, was die nötigen Unterlagen betreffe, und auch das Formular sei nicht übermässig kompliziert. Kurz: Der Stadtrat nehme das dringliche Postulat gern entgegen, auch wenn es «ein bisschen spät» sei. Mit 60 gegen 36 Stimmen (von SVP, Mitte/EVP und GLP) bei 18 Enthaltungen (der FDP) überwies der Rat das Postulat. Dann war das Geschäft erledigt – fast: Mit einer persönlichen Erklärung «zum Angriff auf uns» meldete sich mit Dominik Waser doch noch ein Grüner zu Wort: Die Grünen seien «schon seit Jahrzehnten für den Ausstieg aus den Fossilen, doch die SVP hat diesen stets blockiert». Deshalb hätten noch viele Menschen eine solche Heizung und Probleme mit gestiegenen Kosten, verursacht durch die Ablehnung des Ausstiegs durch die SVP: «Wir wollen keine asoziale, sondern eine soziale Klimawende.»

## Vermeiden oder recyceln?

Mit einer Motion verlangte die Grüne-Fraktion die Einführung eines flächendeckenden Ge-

tränkekartonrecyclings. Selina Walgis führte aus, ihre Fraktion fordere nur, «was schon längst überfällig» sei: Immerhin habe die Stadtbevölkerung mit über 90 Prozent Ja-Stimmen die Kreislaufwirtschaftsinitiative angenommen. Bei den Getränkekartons gebe es «noch viel Luft nach oben», in Zürich werde nur ein sehr kleiner Teil davon recycelt. Dabei liesse sich dadurch viel des Holzes einsparen, das für die Kartonproduktion nötig sei. Zudem könne man beim Recycling auch den Plastik- und Aluanteil der Kartons rausholen. Stadträtin Simone Brander fand den Vorstoss «eine gute Sache» – der Stadtrat wolle ihn aber nur als Postulat entgegennehmen, weil sich ein gesamtschweizerisches System fürs Kunststoffrecycling abzeichne, unter das auch Getränkekartons fielen. Michael Schmid (AL) hingegen erklärte, dem Gedanken der Kreislaufwirtschaft entsprechend müssten solche Verpackungen erstens vermieden, zweitens wiederverwendet und erst drittens recyclet werden. Johann Widmer (SVP) sagte, es brauche keine staatliche Organisation, die Industrie habe das Problem bereits an die Hand genommen. FDP und GLP wollten den Vorstoss nur als Postulat überweisen. Die Grünen stimmten der Umwandlung ihrer Motion in ein Postulat zu, und mit 95:22 Stimmen (von SVP und AL) wurde es überwiesen.

Reklame



steuern-meili.ch

**Steuerberatung  
Steuererklärungen  
Steuerrecht  
Testament & Erbe  
Vorsorgeauftrag**

persönlich & kompetent

info@steuern-meili.ch +41 44 201 09 31  
Mutschellenstrasse 46 8002 Zürich

## See-Passerelle kommt vors Volk

Zwischen dem Bahnübergang beim Wädenswiler Feuerwehrdepot unweit vom Zentrum und der 1,2 Kilometer seeabwärts gelegenen Fussgängerbrücke beim Strandbad Rietliau soll es nach dem Willen von Stadt- und Gemeinderat keine zusätzliche Passerelle über die Seestrasse und die Gleise zur städtischen Badewiese Seegüetli geben. Eine Initiative der SP, die den Stadtrat zur Ausarbeitung eines solchen direkten und einfachen Seezugangs mit Baukosten von 2,5 Millionen Franken verpflichten will, hat das Stadtparlament am Montag gegen die Stimmen von SP und EVP klar abgelehnt.

Vom Tisch ist das Volksbegehren damit freilich keineswegs. Es muss nun dem Souverän an der Urne zum Entscheid unterbreitet werden. Im Rat hatten die Initianten geltend gemacht, dass die geforderte Passerelle zum wichtigen Naherholungsgebiet Seegüetli und zum Seeuferweg einem Bedürfnis breiter Bevölkerungskreise entspreche und mit gutem Grund im behördenverbindlichen Richtplan vorgesehen und deshalb nun endlich auch zu bauen sei. Wegen dem immer dichteren Zugverkehr bleibe die Barriere beim Feuerwehrgebäude nämlich immer häufiger und länger geschlossen. Fussgänger:innen seien da-

durch zu unverhältnismässig langen Wartezeiten oder Umwegen gezwungen. Immer öfter komme es zudem vor, dass Teilnehmer:innen von abendlichen Partys und anderen Veranstaltungen auf dem Seegüetli-Areal sich gar zu lebensgefährlichen Gleisüberquerungen verleiten liessen. Im Parlament stiess das Ansinnen indes auf eine breite Ablehnungsfront vom Stadtrat über die bürgerlichen Fraktionen bis hin zu Mitte, GLP und Grünen. Angesichts der angespannten Finanzlage und grösserer Investitionsvorhaben sei die Passerelle nicht prioritär und zudem auch kaum innert der von den Initianten geforderten Frist von fünf Jahren umsetzbar, lautete dabei der Tenor der Gegner:innen. Bürgerliche bestritten zudem das Bedürfnis nach einem direkten Zugang zur Badewiese und bezeichneten die Umwege als zumutbar. Der Stadtrat hatte ursprünglich einen Gegenvorschlag ausgearbeitet und wollte ein angrenzendes Industrieareal für Wohnzwecke öffnen und die dortige Eigentümerschaft im Gegenzug zur Kostenübernahme der Passerelle verpflichten. Diese Option liess die Exekutive später allerdings wieder fallen – und zwar ersatzlos. Was dem Stadtrat an der Parlamentssitzung von der SP/EVP-Fraktion denn auch den Vorwurf eintrug, dass er sich gar nicht erst um eine mögliche Mitfinanzierung durch Dritte, wie etwa SBB, Grundstückstösser oder um Gelder

aus dem kantonalen Strassenfonds und dem kantonalen Wanderwegfonds bemüht habe. *as.*

## Pflege-Auslagerung: Stiftung steigt aus

Die von Horgen geplante Auslagerung des Pflegezentrums in der künftigen Grossüberbauung Neu-Tödi an eine private Trägerschaft ist fürs Erste geplatzt: Die dafür vorgesehene gemeinnützige Widmer-Stiftung, die in Horgen ein Pflegeheim betreibt und die zuletzt auch das inzwischen abgebrochene kommunale Altersheim Tödi geführt hatte, zieht sich zurück. «Aufgrund des veränderten Umfelds (Markt, Zinssituation etc.)» werde die Amalie-Widmer-Stiftung den zukünftigen Betrieb nicht übernehmen, teilt die Gemeinde mit. Konkreter wird Mathias Knecht, CEO der Stiftung. Man hätte sich die Kostenmiete für den Pflegebetrieb nicht mehr leisten können, sagt er. Weil sowohl die Bausumme als auch der Referenzzinssatz – beides entscheidende Faktoren für die Mietkalkulation – gestiegen seien. Mit einer Beteiligung der Gemeinde aber hätte man den Betrieb übernehmen können, ist Knecht überzeugt. Das habe die Gemeinde indes nicht gewollt. Gegenüber der Zürichsee-Zeitung begründete Gemeinderätin Silvia Hunziker (FDP) dies unter

Reklame

Ständeratswahlen  
vom 22. Oktober 2023

FÜR DEN KANTON ZÜRICH  
IN DEN STÄNDERAT.



DANIEL JOSITSCH

BISHER



DANIEL LEUPI



SP



GRÜNE  
KANTON ZÜRICH

anderem damit, dass die Stimmbürger 2018 die Auslagerung der Pflege beschlossen hätten. Nun sucht die Gemeinde eine neue Betreiberin. Das geplante Pflegezentrum mit 70 Plätzen ist Teil der künftigen Mehrgenerationensiedlung Neu-Tödi, die auf und neben dem Areal des ehemaligen Altersheims entsteht. Sie soll auch 180 Wohnungen und einen Kindergarten umfassen und wird von der Baugenossenschaft Zurlinden im Baurecht auf Gemeindeland erstellt. Zwei Wohnhäuser und der Kindergarten sind im Bau. Die Realisierung von zwei weiteren Wohnhäusern mit Gewerbeanteil sowie des Pflegezentrums hatte der Gemeinderat Ende 2022 aber sistiert. Mit der Begründung, dass man die Situation aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen neu und vertieft analysieren wolle. Nun wird mit dem Bau der beiden Wohnhäuser begonnen. Mit dem Pflegezentrum will man zuwarten, bis eine neue Betreiberin gefunden ist. *as.*

## Kursbuch ade!

2017 stellten die SBB nach 112 Jahren die Produktion des Kursbuchs mit allen Bahn-, Schiff-, Seilbahn- und Postautoverbindungen in der Schweiz ein. Zwar gabs als Ersatz noch ein paar Jahre lang kleine papierene Regionalfahrpläne, so beim ZVV für die S-Bahnen und Busse. Bald wurden auch diese eingestellt. Nach der Einstellung des Kursbuchs durch die SBB publizierten die Organisationen VCS, IGÖV und Pro Bahn das Kursbuch in eigener Regie. Infolge Nachfragerückgang und gestiegenen Kosten wird die Produktion auch dieses Kursbuchs eingestellt. Ab dem Fahrplanwechsel vom 10.12.2023 gibts somit kein Kursbuch mehr. Immerhin können auf dem PC unter [www.fahrplanfelder.ch](http://www.fahrplanfelder.ch) alle Fahrplanfelder (einschliesslich Postautos) eingesehen und ausgedruckt werden. In der angeblich freien Schweiz sind Personen, die den öV benutzen müssen oder wollen, somit zwangsweise auf digitale Geräte angewiesen.

## IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. [anzeigen@pszeitung.ch](mailto:anzeigen@pszeitung.ch), [aboservice@pszeitung.ch](mailto:aboservice@pszeitung.ch).

[redaktion@pszeitung.ch](mailto:redaktion@pszeitung.ch), [www.pszeitung.ch](http://www.pszeitung.ch),  
PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, [www.loopzeitung.ch](http://www.loopzeitung.ch)

Ohne PC und Smartphone gibts keine Informationen über Zugverbindungen mehr. Glück hat, wer in einer Ortschaft mit einer bedienten Station wohnt. *hk.*

## Recht auf Wohnen

Mit einer parlamentarischen Initiative wollen vier Kantonsrätinnen das Recht auf Wohnen in der Zürcher Verfassung verankern. Mit dem Artikel 16 (neu) «Das Recht auf Wohnen ist gewährleistet. Jede Person hat Zugang zu angemessenem Wohnraum» wollen die vier Initiantinnen erreichen, dass der Kanton Zürich eine deutlich aktivere Rolle im Wohnungsmarkt übernimmt. Bemerkenswert am Vorstoss, der von Silvia Rigoni (Grüne), Nathalie Aeschbacher (GLP), Nicola Yuste (SP) und Lisa Letnansky (AL) eingereicht wurde, ist vor allem das Mitmachen der GLP-Vertreterin. Mit der GLP als Mitmachende sind die Chancen deutlich besser, im Kantonsrat nicht nur die erste Hürde von 60 Stimmen zu überwinden, sondern auch in der Kommissionsarbeit eine Mehrheit zu erreichen. *kl.*

## Theater Keller62/Stok

Nachdem die beiden Kleintheater Keller62 und Stok in Zürich innert kürzester Zeit 6500 Unterschriften für die Petition zur Beibehaltung ihrer Subventionen zu sammeln vermochten (P.S. berichtete), bitten sie jetzt auf [wemakeit.ch](http://wemakeit.ch) um finanzielle Unterstützung für die juristischen Kosten ihres laufenden Rekurses beim Bezirksrat und haben wiederum innert kürzester Zeit zwei Drittel ihres Sammelziels erreicht. Die Wehrhaftigkeit ist damit noch nicht an ihr Ende gelangt. Dem Vernehmen nach fassen sie zur Not als letzte Massnahme auch die Einreichung einer städtischen Volksinitiative ins Auge, bei deren potenziellen Annahme ein Präzedenzfall geschaffen würde, der die ganze aufwändige städtische Umbauübung der Förderung für die Tanz- und Theaterlandschaft fundamental infragestellen könnte. *froh.*

## Weniger Bäume

Rege Bautätigkeit und Naturereignisse haben die Baumkronenfläche in der Stadt Zürich weiter reduziert, wie die Stadt Zürich am Donnerstag bekannt gab. Die Baumkronenfläche wird alle vier Jahre neu vermessen. Der Verlust ist auf privatem Grund höher als auf öffentlichem Grund, weil da weniger Bäume nachgepflanzt werden. Zwischen 2006 und 2019 ist fast jeder fünfte grosse Baum verloren gegangen. Angesichts dieser Entwicklung und dem Ziel, bis 2050 25 Prozent Kronenfläche in der Stadt Zürich zu erreichen, sind verschiedene Massnahmen geplant. Bei Privaten über eine Erweiterung des Baumschutzes im Siedlungsgebiet bis hin zu Anpassungen von Baunormen. In den öffentlichen Freiräumen wird zudem in neueren Projekten darauf geachtet, mehr Bäume zu pflanzen als vorher. *mlm.*

## WEINKOLUMNE VON BARBARA MAEY



## Schwefel – na und?

Vorsicht Schwefel! Warum wohl steht sonst auf jeder Etikette, dass der Wein Sulfite enthält? Irgendwie suggeriert das doch, dass davon eine Gefahr ausgeht. Ist Schwefel wirklich schädlich und für so viele Übel verantwortlich, zum Beispiel für die Kopfschmerzen danach? Und der Ruf nach schwefelfreien Weinen gar begründet? Es sei vorweggenommen: Schwefelfreie Weine gibt es gar nicht. Sulfite sind ein Nebenprodukt des Gärungsprozesses und somit in jedem Wein enthalten. Der gasförmige Stoff Schwefeldioxid und die Salze der schwefligen Säure, Sulfite, sind für zahlreiche Lebensmittel als Zusatzstoffe zugelassen, weil sie antibakterielle und antioxidative Eigenschaften haben. Ungeschwefelte getrocknete Aprikosen beispielsweise sind daher schwarz-bräunlich, geschwefelte leuchtend orange. Die Warnung auf den Weinflaschen nahm ihren Ursprung, wen wundert, in den USA, wo Sulfite in den 1970er- und 1980er-Jahren teilweise exzessiv angewendet wurden. Da es Menschen gibt, die allergisch sind auf Sulfite, wurde diese Deklaration auf Weinflaschen obligatorisch, und 2005 hat die EU diese Deklarationspflicht übernommen. Natürlich, wenn jemand allergisch ist auf Schwefel, ist dieser schädlich, sogar gefährlich. Das trifft für weniger als ein Prozent der Menschen zu. Ansonsten wurde dem Schwefel keine schädliche Wirkung nachgewiesen, auch nicht als Verursacher von Kopfschmerzen. Wie gesagt, schwefelfreien Wein gibt es nicht. Beim Schwefelgehalt von Weinen gibt es dennoch horrende Unterschiede, denn es gibt welche, denen kein zusätzlicher Schwefel zugesetzt wird bei der Vinifikation. Und andere, denen eben Schwefel zugesetzt wird. Schwefeln oder nicht schwefeln – die Frage spaltet die Weingemeinschaft zur Zeit. Ich bin eine Verfechterin von minimalem Schwefeleinsatz, je nach Bedarf. Die Antwort muss jeder und jede für sich selber finden – auf Produzenten- sowie auf Konsumentenseite. Sicher ist: Bei Kopfschmerzen wars vielleicht ein Glas zu viel – aber nicht der Schwefel.

Barbara Maey führt eine Weinhandlung in Zürich. [barbara@laterroiriste.ch](mailto:barbara@laterroiriste.ch)

## Legalen Rahmen für Prostitution schaffen!

Mit Interesse habe ich im P.S. vom 29. September das Gespräch von Olivia Frei und Nathalie Schmidhauser zum Thema Prostitution gelesen. Als ich die Grundlagen für die Schaffung der ersten Opferhilfestelle für Opfer von Sexualdelikten erarbeitete, sichtetete ich zahlreiche wissenschaftliche Literatur. Die Forschung zeigte, dass Kinder und Jugendliche (Mädchen wie Jungen), die sexuell missbraucht wurden, ein erhöhtes Risiko hatten, später in die Prostitution zu geraten. Es muss bei so manchen Menschen im Sexgewerbe eine entsprechend negative Vorgeschichte geben. Nicht alle machen das freiwillig.

Ich kann mich gut an Dora Koster erinnern, die vor vielen Jahren den Mut hatte, als Sprecherin der Prostituierten aufzutreten. Ich lernte sie kennen, weil sie praktisch täglich im Café Gloria war,

wo wir Fraktionsmitglieder während der Ratspause Kaffee tranken. Es spricht Bände, dass es keine politischen oder gewerkschaftlichen Sprecherinnen mehr gibt.

Das Sexgewerbe wird es solange geben, wie es das Patriarchat gibt. Die Betroffenen müssen jedoch aus Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnissen befreit werden. Das kann vielleicht gelingen, wenn ein legaler Rahmen dafür geschaffen wird. Es müssen die gleichen Regeln wie bei anderen Dienstleistungen gelten, das OR angewendet werden. Leistungen müssen bezahlt, Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsabgaben entrichtet werden.

Ich frage mich, warum Prostituierte sich nicht in Genossenschaften organisieren und eigene Gewerbeliegenschaften erwerben und betreiben, einen selber bestimmten Sicherheitsdienst organisieren sowie eine administrative und rechtliche

Unterstützung. So könnte die Macht der Menschenhändler und Zuhälter gebrochen werden. Für Frauen, die von Menschenhändlern in die Schweiz gebracht, erniedrigt und ausgebeutet werden, sollte der Weg freigemacht werden, in eine solche Genossenschaft zu fliehen und dort legal arbeiten und sich als Mitglied einkaufen zu können. Auch die Escort-Services müssen geregelt und unter der Kontrolle der betroffenen Frauen sein.

Als Frauenrechtlerinnen dürfen wir nicht dulden, dass es noch Frauen gibt, die in unserem Land versklavt werden. Die Menschenhändler und Zuhälter sind der Justiz zuzuführen und konsequent in ihre Herkunftsländer auszuweisen, wenn sie keinen Schweizer Pass haben. Für männliche Prostituierte sollte derselbe rechtlich-institutionelle Rahmen gelten.

Liliane Waldner

Reklame

Weinhandlung Maria Bühler



**Degustation:  
Samstag, 7. Oktober**

Weinhandlung Maria Bühler  
Töpferstrasse 28 • 8045 Zürich  
Tel. 044 272 38 30 • [www.buehlerweine.ch](http://www.buehlerweine.ch)  
Offen: Freitag & Samstag, 12 – 18h

**Herbstaktion**  
Weine mit grosszügigen Rabatten

*Les Vignes*  
EST. 2015

**Europäische Weine  
aus nachhaltiger Produktion -  
klimaneutral geliefert.  
Stöbern Sie in der Weinhandlung  
oder im Onlineshop.**

Les Vignes Weinhandlung | Freilagerstrasse 55 | 8047 Zürich  
044 542 82 09 | [wein@les-vignes.ch](mailto:wein@les-vignes.ch) | [les-vignes.ch](http://les-vignes.ch)

**Auf keinem  
Auge blind.**

PSZEITUNG.CH/ABO

**p.s.**  
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

# Viel Mühe für den Spatz in der Hand

Die Session und damit auch die Legislatur sind zuende, und das «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», der sogenannte Mantelerlass, ist unter Dach und Fach. Damit sollte der Weg frei sein für mehr im Inland produzierten Strom mit Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen – oder etwa doch nicht? Auf der Webseite des Verbands Freie Landschaft Schweiz, der gegen den Bau von Windturbinen kämpft, trägt der erste Artikel in der Rubrik «News» den Titel «Naturschutz vor Untergang», und der Lead lautet wie folgt: «Bundesrat Albert Rösti bestätigt, dass der Mantelerlass den Naturschutz praktisch abschafft. Staatsrechtler Prof. Alain Griffel beurteilt die Vorlage als klar verfassungswidrig. Freie Landschaft Schweiz verlangt das obligatorische Referendum gegen den verfassungswidrigen Mantelerlass Strom und prüft das Ergreifen des fakultativen Referendums.»

Ob es tatsächlich dazu kommt, wird sich weisen. Fest steht hingegen, dass in der letzten Diffenzbereinigungsrunde im Nationalrat «viele pragmatische Voten» zu hören waren, wie es in der SDA-Meldung heisst: «Trotz Mängeln in der Vorlage, die vor allem die Wortführer der Grünen und der SVP betonten, wurde von keiner Seite mit dem Referendum gedroht.» SP-Sprecherin Nadine Masshardt (BE) zeigte sich gemäss SDA erfreut, dass nun eine Vorlage stehe, die sowohl Nutzungs als Schutzinteressen berücksichtige. Weiter heisst es in der Meldung, Energieminister Rösti habe zusammengefasst, er hoffe, das sei jetzt «die mittlere Zufriedenheit». Dies bedeute meist, dass in verschiedenen Bereichen Kompromisse gefunden worden seien.

Dies beisst sich allerdings mit einer Passage aus einem Artikel in der NZZ vom 25. September. Zitat: «Röstis Kalkül: Wenn die Naturschützer, die sich bis weit ins bürgerliche Zentrum formieren, weiterhin den Ausbau der Wasser-, Wind- und Solarkraft blockieren, sattelt er in einigen Jahren um auf die Kernkraft.» Ob Röstis das auch so sieht, lässt die NZZ offen. Wie auch immer: Lassen wir also das Parlament mehr als zwei Jahre lang streiten, lassen wir vor allem Rot-Grün viele Kröten schlucken, feiern wir schliesslich den Kompromiss der «mittleren Zufriedenheit» – dabei wollten offenbar SVP und Teile der FDP nie etwas anderes als Nebelpetarden abschiessen und Zeit gewinnen. Gemäss ihrer Agenda scheint die Grundfrage nämlich ganz einfach zu lauten, wie sie «das Volk» dazu bringen können, möglichst rasch den Entscheid gegen neue AKW und für mehr erneuerbare Energien rückgängig zu machen.

Für die Beratung des Mantelerlasses im Parlament galt denn auch das, was eigentlich immer gilt: Was die bürgerliche Mehrheit will, kommt durch,

während Grüne und Linke alle Hände voll zu tun haben, mindestens den grössten Schaden abzuwenden. So gibt es nun statt Solarpanels auf allen Dächern und über Parkplätzen nur eine Pflicht für Dächer mit mehr als 300 Quadratmetern Fläche – dafür in allen Stromproduktionsbereichen einen Vorrang gegenüber dem Naturschutz. Im Fokus stehen zudem 16 Wasserkraftprojekte. Wir erinnern uns: Rot-Grün wies von Anfang an darauf hin, dass das Potenzial der Wasserkraft bereits ziemlich ausgeschöpft ist, jenes der Solarenergie jedoch noch gross. Wasserkraft lässt sich fast nur noch an heiklen Orten ausbauen, während es auf grossen wie kleinen Dächern noch sehr viel Platz hat. Doch Rot-Grün hat bekanntlich keine Mehrheit.

In der SDA-Meldung vom 26. September tönt es so: «Das Parlament versuchte zu verhindern, dass ein Referendum aus mehreren politischen Ecken zustande kommt, welches die Vorlage als Ganzes gefährden würde. Die Räte stellten sich im Sinne der Bürgerlichen gegen eine breite Solarpflicht und zeigten dafür Verständnis für etwas strengere Restwasserregeln im Sinne des Umweltschutzes.» Weniger Restwasser bei Wasserkraftwerken ist nun nur zulässig, wenn ein Strommangel droht – aber neue Wasserkraftanlagen sollen nicht von vornherein ausgeschlossen werden, «wenn die entstehende Restwasserstrecke durch ein Schutzgebiet von nationaler Bedeutung verlaufen würde», schreibt die SDA. Und weiter: «Eine rot-grüne Minderheit wehrte sich vergebens dagegen. Energieminister Albert Rösti sagte, dass ohne diese Bestimmung Projekte nicht einmal angeschaut werden könnten. Anschauen heisse nicht «bereits bewilligt.» Zu den

## Man kann also niemanden zwingen, sein Auto unter einem Solarpanel an den Schatten zu stellen. Warum nur verstehe ich das nicht?

Parkplätzen ohne Solarpflicht schreibt die SDA, «die Bürgerlichen warnten erfolgreich vor Eingriffen ins Privateigentum.»

Parkplätze sind also schützenswertes Privateigentum, und man kann niemanden zwingen, sein Auto unter einem Solarpanel an den Schatten zu stellen. Warum nur verstehe ich das nicht? Aber in Gebieten, die sich für die Nutzung von Solar- und Windenergie eignen und die entsprechend in den kantonalen Richtplänen ausgeschieden werden sollen, hat die Nutzung der Solar- und Windener-

gie künftig Vorrang gegenüber anderen nationalen Interessen. Klarer Fall: Es ist ein Kompromiss! Ernsthaft: Wäre ich Parlamentarierin, mich würde ehrlich gesagt die Zeit und Mühe reuen, die es gebraucht hat, um auf diese «mittlere Zufriedenheit» zu kommen... Denn erstens ist wie gesagt das Referendum trotz des ganzen Eiertanzes noch nicht

## Die Bürgerlichen wollen nie etwas ändern, wenn es nicht unbedingt sein muss – für sie reichen Wasserkraft und AKW, bis in alle Ewigkeit, Amen.

vom Tisch. Zweitens wollen die Bürgerlichen nie etwas ändern, wenn es nicht unbedingt sein muss – für sie reichen Wasserkraft und AKW, bis in alle Ewigkeit, Amen. Und drittens haben sie alles so eingerichtet, dass es mit oder ohne Referendum in ihrem Sinne herauszukommen droht. Denn die Grünen und die Roten, die wirklich mehr Erneuerbare wollen, haben jetzt die hübsche Aufgabe, den Menschen zu erklären, warum wir «ums Verrecke» das letzte Tröpfchen Wasserkraft aus schönen Berglandschaften quetschen müssen, statt erst mal eine ganze Menge Panels auf die Dächer zu legen. Da sie selber ursprünglich letzteres vorgeschlagen hatten, fällt ihnen das sicher ganz leicht... Und das Fieseste daran: Wahrscheinlich ist die rot-grüne Meinung verbreiteter, als es den Bürgerlichen im Parlament lieb ist, aber das braucht ja nicht an die grosse Glocke gehängt zu werden. Ein Beispiel: Auf der Webseite der IG Saflischtal, die sich gegen die Anlage in Grengiols wehrt, heisst es in einem Statement wörtlich, «einverstanden, Solarenergie wo auch immer, aber an den teuersten und landschaftlich heikelsten Orten erst nachdem man die billigen und bereits zerstörten Flächen im Land gut dafür nutzte». Kurz, es läuft wie immer: Die Bürgerlichen verhindern gute Lösungen, und die Rot-Grünen sind daran schuld, dass das gemacht wird, was sie nicht wollten. Der einzige Trost dabei: Den bürgerlichen AKW-Turbos kampfflos das Feld zu überlassen, wäre noch viel frustrierender.



Nicole Soland

# Nach vorne schauen – und wählen!

Zwanzigtausend Menschen haben am 16. September ihre Besorgnis über steigende Lebenshaltungskosten und sinkende Kaufkraft vors Bundeshaus in Bern und in die Medien getragen. Gründe, um auf die Strasse zu gehen, gibt es viele: Die Lohnrunden waren in den vergangenen Jahren unbefriedigend. Inzwischen richten weniger als dreissig Prozent der Betriebe generelle Lohn-erhöhungen aus. Vor allem untere und mittlere Einkommen gehen leer aus oder erhalten eine Lohnerhöhung, die hinter die Teuerung zurückfällt. Die Lohnschere in der Schweiz öffnet sich immer weiter. Der finanzielle Druck bringt viele Menschen um den Schlaf. Reicht das Geld Ende Monat noch für gesunde Lebensmittel? Wie stemme ich meine Krankenkassenprämie? Wie die ständig steigende Miete?

Stichwort Krankenkassenprämien: Im Spätsommer liess die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli verlauten, man solle über die Abschaffung des Krankenversicherungs-Obligatoriums nachdenken. Die Idee ist gefährlich, es drohen US-amerikanische Verhältnisse: Die Krankenversicherung würde so für die meisten Menschen noch teurer oder schlicht unbezahlbar. Und ohne Versicherung steht man bei medizinischen Problemen schnell vor der Wahl, entweder auf eine Behandlung zu verzichten oder sich zu verschulden. Das wäre der grösste sozialpolitische Rückschritt der letzten Jahrzehnte. Nur einen Tag vor Bekanntgabe des nächsten Prämienschocks und ein paar Wochen nach dem öffentlichen Nachdenken über

die Abschaffung des Krankenversicherungs-Obligatoriums folgt im Kanton Zürich die nächste Hiobsbotschaft aus der Gesundheitsdirektion: Während die Krankenkassenprämien regelrecht explodieren, ist die SVP-Gesundheitsdirektorin nicht bereit, den Kantonsbeitrag zu erhöhen – mit der Folge, dass dem Mittelstand

## Die bürgerlichen Parteien machen unsoziale Politik für Bonzen und Banker – auf Kosten der vielen und für die wenigen, die sowieso schon zu viel haben.

die Prämienverbilligung gekürzt wird. Als wären steigende Mieten, Energiekosten und Krankenkassenprämien noch nicht genug, unternimmt die SVP-Gesundheitsdirektorin nichts, um den finanziellen Druck auf die breite Bevölkerung zu lindern.

Ein probates Mittel, um den Druck auf die Geringverdienenden wenigstens ein bisschen zu lindern, wäre der in den Städten Zürich und Winterthur per Volksabstimmung angenommene Mindestlohn gewesen. Doch auch hier machen die Bürgerlichen Politik für die Arbeitgeber und für die, die schon genug haben: Sie fechten die Initiative vor Gericht an und verzögern so die Einführung des Mindestlohns um Jahre. Ein Schlag ins Gesicht für die

Demokratie und für die Zweidrittel-Mehrheit, die diese Initiative angenommen hat.

Die bürgerlichen Parteien haben kein Interesse an einer Verbesserung der Kaufkraft, an sozialem Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit, an griffigen Umweltmassnahmen und einer fairen Migrationspolitik, an einer Schweiz mit Zukunft. Sie machen unsoziale Politik für Bonzen und Banker – auf Kosten der vielen und für die wenigen, die sowieso schon zu viel haben. Sie suchen die Zukunft der Schweiz im Rückspiegel, auf dem Rütli, im Inseldasein. Man kann das Leben zwar nur rückwärts verstehen, aber leben muss man es vorwärts, wie der dänische Philosoph Kierkegaard geschrieben hat. Deshalb: Wir brauchen starke Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, für faire Löhne, für ein gutes Leben, für eine Zukunft für alle. Wählt darum am 22. Oktober 2023 Gewerkschafter:innen in den Nationalrat – damit wir eine neue Mehrheit finden, die vorwärts schaut und vorwärts kommt.



Michèle Dünki-Bättig,  
Präsidentin VPOD Zürich  
Kanton und SP-National-  
ratskandidatin

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an [info@gbkz.ch](mailto:info@gbkz.ch)

Cartoon by Roman Prelicz



## Künstliche Intelligenz im Wahlkampf

Seitdem ChatGPT einem breiten Publikum vorführt, was künstliche Intelligenz alles kann, ist sie in aller Munde: Landauf, landab wird über Chancen und Risiken diskutiert – gerade auch bei der Nutzung der Technologie im Wahlkampf.

Als Politiker mit Behinderungen wollte ich natürlich ausprobieren, ob die neuen Technologien auch meine Kampagne vereinfachen könnten. So habe ich vergangene Woche ein Wahlkampfvideo veröffentlicht, das nicht nur mich zeigt, sondern auch einen mittels künstlicher Intelligenz generierten Avatar. Dieser sieht zwar aus wie ich und auch seine Stimme klingt nach mir, doch eines unterscheidet uns ganz wesentlich: Der Avatar ist nicht sprechbehindert und kann deshalb – anders als ich selbst – meine politischen Inhalte flüssig vortragen. Erstellt wurde der Avatar in einem einzigen Video-Shooting und mittels generativer künstlicher Intelligenz. Die fertige KI-Assistenz kann nun mit beliebigen Texten gefüttert werden und diese mit meinem Gesicht vortragen.

### Damit die neue digitale Revolution mit und zum Wohle der Menschen gestaltet wird, braucht es eine starke Sozialdemokratie.

Auf LinkedIn, aber auch auf anderen Plattformen wurde das Video innerhalb kürzester Zeit zu meinem erfolgreichsten Beitrag im gesamten Wahlkampf. Warum ist das so? Weil die Leute einem nicht-behinderten Islam lieber zuhören? Wohl kaum, dafür ist die Technik einfach noch

nicht weit genug. Ich glaube, das Video hat deshalb viele Menschen so beschäftigt, weil es ein Schlaglicht auf die Ambivalenz der neuen technologischen Möglichkeiten wirft.

Denn künstliche Intelligenz kann beides sein: Sie kann dazu missbraucht werden, die Gefahr von Fake-News und Propaganda auf ein ganz neues Level zu heben, weil mit blossen Auge bald nicht mehr erkennbar ist, ob ein Videoausschnitt oder ein Foto echt ist oder nicht. Für die politische Diskussion und eine unabhängige Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften kann sie so eine echte Gefahr werden. Aber sie kann eben auch grossen gesellschaftlichen Mehrwert generieren – und beispielweise Barrierefreiheit und politische Teilhabe in einem neuen Ausmass ermöglichen, das für viele Menschen mit Behinderungen lange undenkbar schien. Mich selber einmal frei sprechen zu hören, finde ich unglaublich spannend und ich glaube, das ginge vielen Menschen mit ähnlichen Behinderungen wie mir ähnlich.

Entscheidend ist also, was wir daraus machen!

Und klar ist: Damit die neue digitale Revolution mit und zum Wohle der Menschen gestaltet wird, braucht es eine starke Sozialdemokratie. In unserer langen Geschichte waren wir immer Garantinnen dafür, dass technischer Fortschritt nicht nur wirtschaftlichen Interessen dienen darf, sondern vor allem der Allgemeinheit dienen soll. Und doch: Im Text unserer aktuellen Wahlplattform 2023 steht dazu keine Zeile.

Bei den nächsten Wahlen, da bin ich mir sicher, wird sich das ändern müssen.



**Islam Alijaj,**  
Gemeinderat und  
Nationalratskandidat SP

## In der Zusammenarbeit liegt die Kraft

Um gesellschaftliche Veränderungen anzustossen, braucht es soziale Bewegungen. Das hat die Klimabewegung in den letzten Jahren eindrücklich gezeigt. Viele, vor allem junge Menschen, forderten und fordern noch immer lautstark eine klimagerechte Zukunft. Dank ihres Engagements ist das wichtige Thema vor vier Jahren stärker ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gedrungen und bekam endlich die Aufmerksamkeit, die nötig ist.

Dies hat dazu geführt, dass das Thema politisch nicht mehr weiter ignoriert werden konnte. Was die Grünen schon lange gefordert hatten, war plötzlich sogar bei der FDP irgendwie Thema. Politisch gab es einige Fortschritte und das Ja zum Klimaschutzgesetz im Juni war ein wichtiger Erfolg. Und trotzdem: Es ist zu wenig passiert und zu wenig schnell. Deshalb braucht es die Bewegung noch immer. Das hat auch die Klimademo mit über 60 000 Teilnehmer:innen am letzten Samstag gezeigt.

Das Frauenstimm- und Wahlrecht, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und eine Mutterschaftszeit wurden von der feministischen Bewegung erkämpft. Als am 14. Juni vor vier Jahren über eine halbe Million Menschen in der ganzen Schweiz auf die Strasse gingen und sich für Gleichstellung einsetzten, wurden im Herbst danach mehr Frauen ins nationale Parlament gewählt und feministische Themen wie die Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt waren wieder stärker im öffentlichen Diskurs vertreten. Dass ich den 14. Juni mitorganisieren und diesen starken Zusammenhalt und Wunsch nach Veränderung hin zu einer feministischen Gesellschaft miterleben durfte, war für mich extrem bestärkend.

Elementar ist vor allem die Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen und der institutionellen

Politik. Da ich als Aktivistin in queeren und feministischen Bewegungen aktiv und gleichzeitig als Politikerin im Parlament der Stadt Zürich bin, ist mir dies ein besonderes Anliegen. Ich sehe die Aufgabe der sozialen Be-

### Ich sehe die Aufgabe der sozialen Bewegungen darin, grosse Forderungen zu stellen.

wegungen darin, grosse Forderungen zu stellen. Als Politikerin muss ich diese Forderungen als konkrete Schritte ins Parlament einbringen.

Ein spannendes Beispiel für eine konkrete Veränderung durch Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und institutioneller Politik ist die Revision des Sexualstrafrechts hin zu einer Lösung, die die sexuelle Integrität schützt. NGOs, Betroffene von sexualisierter Gewalt und die feministische Bewegung haben sich stark eingesetzt, Druck gemacht und den gesellschaftlichen Diskurs rund um sexualisierte Gewalt und Konsens ermöglicht. Gleichzeitig haben diverse Organisationen mit Politiker:innen Gespräche geführt und auf dieser Ebene lobbyiert. Die Revision war schliesslich ein Kompromiss und trotzdem ein Erfolg.

Ich bin sehr dankbar für das grosse Engagement so vieler Personen in linken Parteien und sozialen Bewegungen. In der aktuellen Situation mit dem rechten Backlash und der Nähe von Teilen der SVP zu rechtsextremen Gruppierungen ist es umso wichtiger, dass soziale Bewegungen und linke Parteien zusammenstehen und sich gemeinsam für eine lebenswerte und gewaltfreie Zukunft für alle einsetzen.



**Anna-Béatrice Schmalz,**  
Präsidentin Grüne Stadt Zürich,  
Gemeinderätin und Nationalratskandidatin

# «Wo produziert wird, gibt es Lärm, Staub und Gerüche»

**Der Platz in Zürich ist knapp – es mangelt an Raum für Wohnungen, Fussballfelder und Velowege. Mitten drin im Verteilungskampf steht auch das produzierende Gewerbe. Ist es überhaupt wichtig, dass in der Stadt Dinge hergestellt werden? Ja, ist Sandra Schmid, die Präsidentin von Made in Zurich überzeugt. Im Gespräch mit Simon Jacoby erklärt sie, wieso.**

Im Hintergrund schraubt eine Fachkraft an einem Roboter rum, hin und wieder knallt es dumpf, das Echo rauscht durch die Produktionshalle. Sandra Schmid, die Präsidentin von Made in Zurich sitzt an einem schmucklosen Tisch, vor ihr liegt ein Stapel mit Inputs und Notizen für das Interview. Der Verein Made in Zurich vertritt die Interessen des produzierenden Gewerbes und gibt damit den «urbanen Produktivist:innen jeglicher Couleur und Grösse eine Plattform», wie es auf der Webseite heisst. Also jenen Firmen, die echte Produkte in Zürich herstellen, dazu gehören beispielsweise die Kaffeemaschinen von Zuriga, die Taschen von Freitag oder die Schokolade von La Flor.

Wer mitten in der Stadt etwas herstellen will, braucht viel Platz, viel Verständnis aus der Nachbarschaft und viel Leidenschaft. Wie kommt es, dass Made in Zurich von einer Brandmanagerin einer Robotikfirma präsidiert wird? Sie sei im Familienbetrieb aufgewachsen, erzählt Sandra Schmid – in einer Schriftenmalerei. In der einen Seite des Hauses habe man gearbeitet, in der anderen gewohnt. Sie selbst liess sich zur Fotolaborantin ausbilden, ein Beruf, den es wegen der Digitalisierung kurz nach ihrem Abschluss so gar nicht mehr gegeben hat. Über Umwege landete sie in einem kleinen Team im Zürcher Technopark und kam so in Berührung mit den Herausforderungen der urbanen Produktion.

*Erzählen Sie mal, was fasziniert Sie am produzierenden Gewerbe?*

Sandra Schmid: Bei uns im Verein herrscht eine extrem motivierende Stimmung. Alle sind mit Leidenschaft dabei und wollen unbedingt bestmögliche Produkte herstellen. Es gibt diese Dynamik des Machens, statt des Jammerns. Viele Probleme, die auftauchen, können wir meistens ganz einfach dadurch lösen, dass wir mit den Leuten reden. Das macht Spass.

*Haben Sie ein Beispiel für ein solches Problem?*

Wo produziert wird, gibt es verschiedene Emissionen – Lärm, Staub, Gerüche... Natürlich kann das Anwohner:innen stören, die zum Beispiel lieber etwas länger schlafen wollen. Aber statt dass man sich in einem Streit verkeilt, können teilweise bauliche Veränderungen helfen – aber das kostet dann wieder Zeit und Geld. Andererseits haben wir auch genau deswegen den Verein gegründet, um vermehrt aufzuzeigen, was in der Nachbarschaft produziert wird und welchen Wert dies hat. So wächst das Verständnis und dann können wir in Zürich gut nebeneinander wohnen und produzieren.

*Die Stadt Zürich hat Ihren Verein mitgegründet und zu Beginn auch finanziell unterstützt. Ausserdem fördert die Stadt Flächen, wo produziert wer-*

*den kann, so beim Schlachthof oder auch bei den SBB-Werkstätten. Warum muss eigentlich in der Stadt produziert werden?*

Ich glaube, es ist wichtig, dass die Menschen hier verstehen, woher ein Produkt kommt und wie es hergestellt wird. Wer sieht, dass diese Schokolade, diese Wurst oder diese Kaffeemaschine da gleich ums Eck produziert wurde, hat mehr Spass an Qualität. Ausserdem ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie viel besser, wenn die Menschen nicht aus der Stadt rausfahren müssen, um zu arbeiten.

*Trotzdem: Der Platz in der Stadt ist knapp und es klingt etwas nach Nostalgie, dass Sie zusammen mit der Stadt die Produktion in Zürich behalten wollen.*

Nein, gar nicht! Wir brauchen Menschen, die unsere Produkte herstellen. Und wenn alles einfach nach ausserhalb verfrachtet wird, haben wir keinen Bezug mehr dazu. Wenn man die Schreinerei sieht, kommt man viel eher selbst auf die Idee, eine entsprechende Berufslehre zu machen, etwas zur Reparatur zu bringen oder etwas zu kaufen, bei dem man weiss, dass es ums Eck hergestellt wurde.

*Und die Produkte – sind diese besser, nur weil sie in Zürich produziert werden? Für mich als Kunde macht es keinen Unterschied, ob meine Socken*

Reklame



birane ba    leïla bekhti    dali bentsalah    élodie bouchez    suliane brahim    jean-pierre darroussin

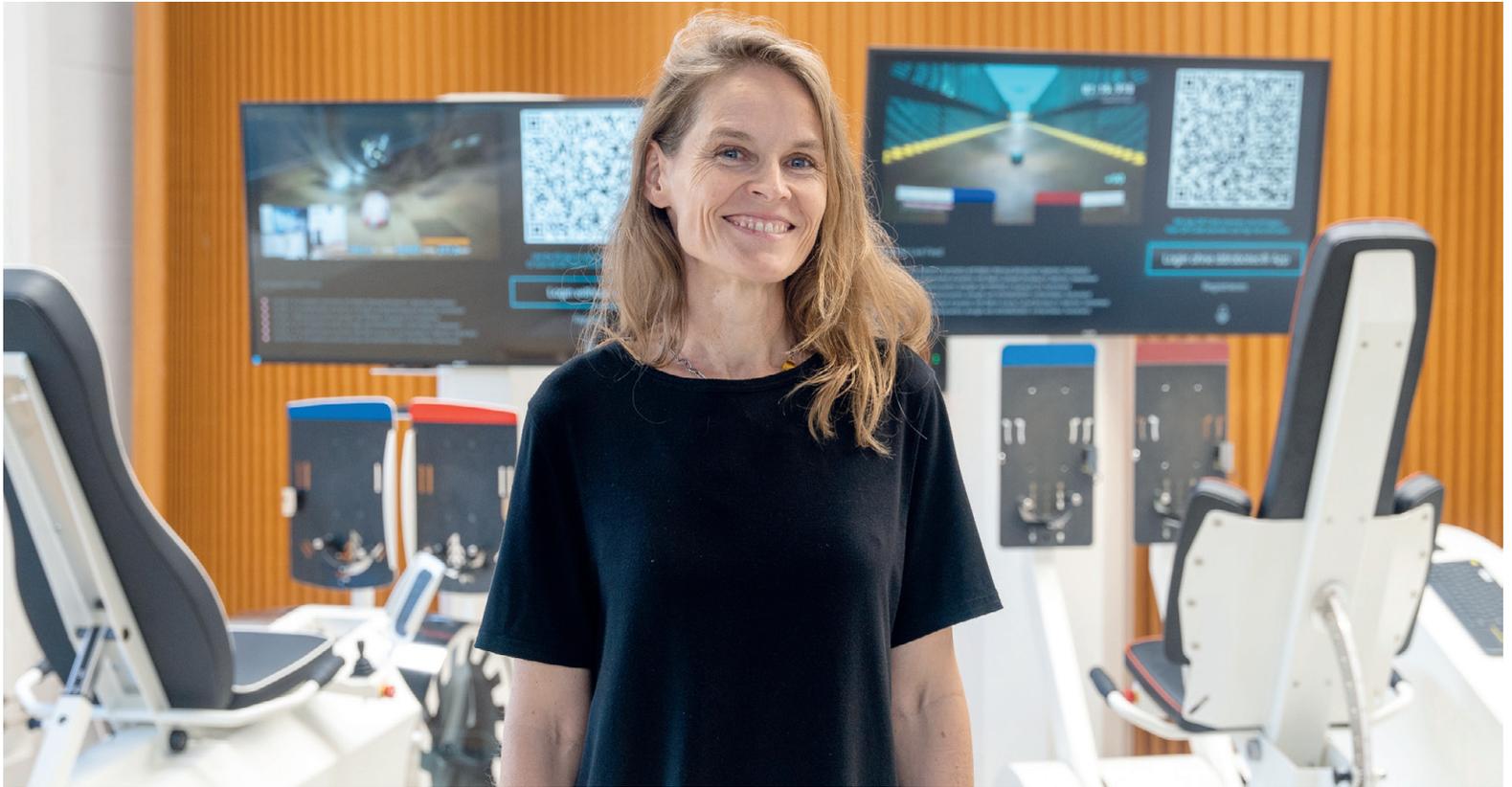
adèle exarchopoulos    gilles lellouche    miou-miou    denis podalydès    fred testot

von der regisseurin von *pupille*

**je verrai toujours vos visages**

ein film von **jeanne herry**

**JETZT IM KINO**    FRENETIC



«Wir müssen wegkommen vom schnellen, billigen Konsum», ist Sandra Schmid, die Präsidentin von Made in Zurich, überzeugt. (Bild: Ladina Cavelti)

*lokal in Berlin oder lokal in Zürich gestrickt wurden.*

Natürlich ist die Qualität nicht automatisch niedriger, wenn die Produkte nicht von hier kommen. Aber eben, wir brauchen Vorbilder, damit überhaupt noch jemand diese Berufe lernen will und wir brauchen die Wertschätzung der Produzierenden gegenüber und dafür müssen sie sichtbar sein. Wie erkläre ich sonst jemandem, dass ein T-Shirt für drei Franken qualitativ und ökologisch nicht mit einem hier hergestellten mithalten kann? Ich finde es wichtig, dass wir auch die Herstellung unserer Konsumgüter sehen.

*Zukunftsturbos behaupten, in ein paar Jahren sind es eh die Roboter, die alle unsere Arbeit machen. Dann muss nicht mehr in der Stadt produziert werden.*

Daran glaube ich nicht. Bei ddrobotec®, wo ich arbeite, wissen wir sehr viel über Roboter und auch, dass es Grenzen gibt. Es gibt immer Aufgaben, die von uns Menschen gemacht werden müssen.

Ausserdem tut es gut! Es ist befriedigend, nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit den Händen zu arbeiten. Ich sehe ja die Leidenschaft, die unsere Mitglieder ihren Arbeiten entgegenbringen. Noch ein Argument für die Produktion mitten in der Stadt ist die Mobilität.

*Inwiefern?*

Wenn da produziert wird, wo die Waren auch gebraucht werden, können wir bei der Logistik viel CO<sub>2</sub> einsparen. Es macht doch keinen Sinn, wenn die Leute aus der Stadt zur Arbeit pendeln und wir deren Produkte wieder in die Stadt reinfahren. Das gibt nur zusätzlichen Verkehr!

*Ist eine nachhaltige Mobilität innerhalb der Stadt aktuell überhaupt möglich?*

Ökologisch ist es dann, wenn wenig transportiert werden muss. Und natürlich auch dann, wenn viel mit dem Velo gefahren werden kann. Unser Mitglied Mika Lanz hat zum Beispiel beim Veloblitz ein kleines Lager. Wenn also jemand Würste bestellt, dann kommen diese nachhaltig per Velo geliefert und man spart sich sogar noch eine Fahrt ins externe Lager. Grössere Waren sind allerdings schwierig per Lastenvelo zu transportieren.

*Die Stadt Zürich hat ein ambitioniertes Klimaziel beschlossen und muss bis 2040 klimaneutral sein. Inwiefern beschäftigt dies die Mitglieder von Made in Zurich, abgesehen von der Mobilität?*

Sehr fest, wir sehen die Kreislaufwirtschaft als wichtigen Hebel, um die Ressourcen auf sinnvolle Weise zu schonen. Ein Beispiel: Wir sehen, dass Verpackung ein wichtiges Thema bei den Produzierenden ist und dass man da noch viel machen kann (Mehrweg, bessere Materialien, etc.), oder beim Thema Reparatur gibt es grosse Herausforderungen und natürlich noch viel mehr. Da bieten wir eine Plattform, um Erfahrungen auszutauschen, Expert:innenwissen zu bekommen und an gemeinsamen Lösungen zu feilen. Wir alle müssen wegkommen von diesem schnellen, billigen Konsum.

*Wie soll das gelingen?*

Das ist nicht einfach. Auch ich bin so aufgewachsen, dass mehr Konsum und immer neue Sachen als normal gelten. Wenn etwas kaputt ist, dann kaufe ich mir etwas Neues. Dabei wäre es viel besser, wenn ich einmal einen guten Pullover kaufe, der hält dann länger und wenn er ein Loch hat, dann lasse ich das flicken. Stattdessen ist unse-

re Wirtschaft darauf ausgelegt, dass immer mehr produziert und auch gekauft wird.

*Haben Sie einen Ausweg parat?*

Die Kreislaufwirtschaft ist ein sehr wichtiges Thema bei uns und auch da spielt die Lokalität eine zentrale Rolle. Wir können die Rest-Rohstoffe von anderen viel einfacher verwerten, wenn diese in der Nähe sind und wenn wir untereinander vernetzt sind. Ein Beispiel: Altes Brot, das die Ässbar nicht verkaufen konnte, wird von der Schokoladenmanufaktur La Flor abgeholt, in Krümel verarbeitet und mit Schokolade überzogen.

*Nochmals zur Kreislaufwirtschaft: Freitag bietet beispielsweise eine lebenslange Garantie auf alle ihre Taschen. Aber auch sie sind darauf angewiesen, dass jemand neue Taschen kauft, sonst haben sie ja keine Einnahmen mehr.*

Ja, das ist so. Noch sind die wirtschaftlichen Anreize falsch ausgelegt – auf mehr Konsum statt Reparatur. Warum verteilt die Stadt nicht Gutscheine, mit denen ich meine kaputten Sachen reparieren lassen kann? Das würde Arbeitsplätze schaffen und die Dynamik so ändern, dass es günstiger ist, etwas flicken zu lassen statt einfach neu zu kaufen.

*Trotz einigen Herausforderungen sind Sie optimistisch für das produzierende Gewerbe in Zürich.*

Ja, ich sehe täglich die Freude unserer Mitglieder, die sie ihrer Arbeit entgegenbringen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sich die Produktionen in Zürich weiterhin ausbreiten werden. Ich glaube, die Produzierenden werden die Bahnhofstrasse zurückerobern und die Innenstadt lebhafter machen.

# Sanierung teurer als Neubau

**Die per März 2024 geplante Sanierung der Herterbrücke, die über die SZU-Gleise ins Hürlimann-Areal führt, kostet mehr als der ursprüngliche Bau – und die Brücke ist noch keine 20 Jahre alt. Wie kann das sein?**

Nicole Soland

In den Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 31. Mai 2023 wird über die notwendige Sanierung der Herterbrücke berichtet, für die der Stadtrat gebundene einmalige Ausgaben in der Höhe von 3,735 Millionen Franken bewilligt habe. Geplant ist der Bau zwischen März und Juli 2024. In der Mitteilung heisst es, der Korrosionsschutz der 2005 erbauten Fussgänger- und Velobrücke zwischen dem Sihlhölzli-Areal und dem Hürlimann-Areal sei «schadhaft» und müsse erneuert werden: «Die Betontreppen weisen Deformationen auf und schwingen beim Betreten. (...) Der Belag des Brückenübergangs sowie die Brückenentwässerung und Abdichtung sind alt. Die Verbundsicherheitsgläser des Übergangs sind stark verkratzt. Auch beide Lifte müssen altersbedingt ersetzt werden.»

Als der Bau der Herterbrücke und des vorgelegerten Herterstegs, der von der Sportanlage Sihlhölzli her über die Sihl führt, am 23. Juni 2004 im Gemeinderat zur Debatte standen, war in der Weisung des Stadtrats unter Punkt «2.4. Dauerhaftigkeit» folgendes zu lesen: «Die Betonbauteile werden mit einem frosttausalzbeständigen Beton erstellt und die Bewehrung erhält eine normgemässe Betonüberdeckung. Die Übergänge vom Beton zu den Stahlbauteilen sind ausreichend über der Bodenoberfläche angeordnet, so dass sie keinem übermässigen Korrosionsangriff ausgesetzt sind. Die Stahlkonstruktionen werden mit einem mehrschichtigen Korrosionsschutz versehen, die Hohlprofile werden luftdicht verschweisst. Sämtliche Bauteile werden so konstruiert, dass das Meteorwasser überall ungehindert abfliessen kann.»

## Lifanlagen sind schuld

Wer würde aufgrund dieser Beschreibung darauf kommen, dass die Brücke mitsamt den Lifanlagen nach nicht einmal zwanzig Jahren bereits erneuert werden muss? Hat man seinerzeit die Belastung oder die Dauerhaftigkeit des Materials falsch eingeschätzt oder bei der Ausführung Fehler gemacht? Nichts davon sei der Fall, erklärt Helen Berg, Projektleiterin Kommunikation des Tiefbauamts der Stadt Zürich (TAZ), auf Anfrage: «Vor allem die Lifanlagen sind die Auslöser der Sanierung. Ihr Unterhalt ist in den letzten Jahren sehr kostenintensiv geworden, und sie können nicht mehr sicher und zuverlässig betrieben werden.» Das Brückentragwerk der Herterbrücke bestehe aus korrosionsschutztem Stahl und sei für eine Lebensdauer von 50 Jahren konzipiert worden, während für die Verschleisselemente der Brücke wie Belag, Abdichtung, Lifanlagen

und Korrosionsschutz der Stahlteile eine mittlere Nutzungsdauer von 25 Jahren in der Nutzungsvereinbarung für den Neubau festgelegt worden sei: «Kunstabauten wie Brücken werden regelmässig einer Hauptinspektion unterzogen, um ihre Gebrauchstauglichkeit und Tragsicherheit zu überprüfen. Die Inspektionen sowie die kosten-

**«Die Inspektionen sowie die kostenintensive Wartung der Lifanlagen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass eine Instandsetzung der Herterbrücke erforderlich ist.»**

Helen Berg,  
Projektleiterin Kommunikation TAZ

intensive Wartung der Lifanlagen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass eine Instandsetzung der Herterbrücke erforderlich ist.» Helen Berg fügt an, dabei würden gleichzeitig die Verschleiss-teile erneuert, um die wichtige Verbindung über die Brücke nur einmal ausser Betrieb nehmen zu müssen: «Durch diese Massnahme werden auch Verschleiss-teile ersetzt, die ihre maximale Lebensdauer noch nicht erreicht haben. Dies mag auf den ersten Blick überraschend erscheinen, ist jedoch aus einer Gesamtnutzen- und Gesamtkostenperspektive die effizienteste Erhaltungsstrategie.»

## «Nicht vergleichbar»

Dennoch: Beim Negrellisteg verlangten die SBB beispielsweise eine Schutzdauer des Korrosionsschutzes von mindestens 40 Jahren, und die stählerne Tragkonstruktion sollte auf 100 Jahre ausgelegt werden, wie der Bautendokumentation des Stahlbau-Zentrums Schweiz, steeldoc 01/21 zu entnehmen ist. Zum Negrellisteg heisst es dort unter anderem auch folgendes: «Weite Teile des Negrellistegs konnten aufgrund der Konstruktion ohne Korrosionsschutzbeschichtung bleiben. Der Hohlkasten des Brückenträgers und die hohlen, rechteckigen Stützen sind verschweisst und luftdicht ausgeführt. Daher konnte auf den Innenseiten der Hohlräume eine Beschichtung entfallen.» Diese Beschreibung ähnelt der oben zu «2.4. Dauerhaftigkeit» doch ziemlich: Müsste also die Herterbrücke nicht auch länger halten?

«Die Herterbrücke ist mit dem Negrellisteg nicht vergleichbar», erklärt Helen Berg. Letzterer sei erst Ende 2021 in Betrieb gegangen. Innerhalb dieser Zeitspanne hätten sich die Technologien im Bereich des Korrosionsschutzes weiterentwickelt. «Ausserdem verläuft der Negrellisteg über die Gleise des Hauptbahnhofs, was die Anforderungen an den Korrosionsschutz wesentlich erhöht im Vergleich zur Herterbrücke, die als Querung über die SZU-Linie dient. So wurden zum Beispiel exponierte Teile des Negrellistegs aus korrosionsbeständigem hochlegiertem Stahl gefertigt – auch deshalb, weil kein Mobilkran für die Erneuerung des Korrosionsschutzes neben den Gleisen aufgestellt werden kann im Unterschied zur Herterbrücke», hält sie fest. Grundsätzlich müsse der Korrosionsschutz von Stahlbauten während der gesamten Nutzungsdauer ein- bis zweimal erneuert werden. Dies entspreche einem Erneuerungsintervall von 20 bis 40 Jahren.

In der eingangs erwähnten Weisung des Stadtrats zuhanden des Gemeinderats heisst es übrigens auch, dass die Stadt, vertreten durch das TAZ, mit der REG Real Estate AG, der damaligen Grundeigentümerin des Hürlimann-Areals, einen Vertrag betreffs Kostenbeteiligung ausgehandelt habe, Zitat: «Die auf der Lohn- und Preisbasis vom 1. April 2003 errechneten Kosten für die Sihlpromenade, den Verbindungsweg durch die Sihlhölzlianlage und die beiden Brücken belaufen sich auf Fr. 3 330 000.–. An diese Kosten leistet die REG Real Estate AG einen Beitrag von Fr. 1 050 000.– (...)»

Wir erinnern uns: in der Stadtratsmitteilung vom 31. Mai 2023 heisst es nun, dass der Stadtrat für die Sanierung gebundene einmalige Ausgaben in der Höhe von 3,735 Mio. Franken bewilligt hat. Die Sanierung der einen der beiden Brücken kostet demnach fast eineinhalb Millionen mehr als der ursprüngliche Bau von Sihlpromenade, Verbindungsweg und zwei Brücken (Herterbrücke und Hertersteg) – und die heutige Grundeigentümerin zahlt nichts daran. Bei der Brücke als öffentliche Verbindung lägen «Eigentum, Unterhalt und Betrieb bei der Stadt Zürich», führt Helen Berg dazu aus. Bleibt die Frage der Höhe der Kosten. Durch «die Teuerung, Komplexität und Qualitätsanforderungen» seien die Gesamtkosten für den Neubau 2005 mit den Kosten für die Gesamtinstandsetzung 2024 nicht direkt vergleichbar: «Zum Beispiel muss für die Sanierung ein aufwändiges Provisorium über fünf Monate aufgestellt werden, was während des Baus 2005 nicht der Fall war.»

## Bedarf unbestritten, aber teurer als erwartet

Das geplante Sportzentrum Oerlikon wird einiges teurer als erwartet. Die Stadträte André Odermatt und Filippo Leutenegger informierten am Mittwochnachmittag näher zur Kostenentwicklung und auch zum Projektstand.

Eine Badeanlage mit Hallen- und Freibad, eine Kunsteishalle mit zwei Feldern, eine Rasensportanlage mit drei Natur- und vier Kunstrasenfeldern, einen Werkhof von Grün Stadt Zürich und zusätzlich auch Grünflächen, ein Beachvolleyballfeld und Gastronomie soll es haben, das neue Sportzentrum Oerlikon, direkt neben Hallenstation und Messe. Dass es jenes braucht, sei unbestritten, so die beiden Stadträte. Das hat mit der hiesigen sportlichen Bevölkerung zu tun, die zu 75 Prozent einmal, zu 52 Prozent sogar mehrmals die Woche Sport treibt. Und die Bevölkerung bewegt sich zudem auch immer mehr. In allen Bereichen ist die Nutzung von Sportanlagen deutlich gestiegen. Natürlich spielt auch der schlechte Zustand des Hallenbads Oerlikon eine wichtige Rolle. Und allem voran vielleicht: Das Bevölkerungs-

**«Wie bei den Schulen auch, müssen wir vorsorgen, dass wir genügend Potenzial haben, das zu bewältigen.»**

Filippo Leutenegger, Stadtrat

wachstum in Oerlikon. «Wie bei den Schulen auch, müssen wir vorsorgen, dass wir genügend Potenzial haben, das zu bewältigen», so Filippo Leutenegger. Soweit zur Begründung für die Sportanlage per se. Wieso wird es aber 115 Millionen Franken teurer als bislang erwartet? André Odermatt erklärte, das habe zum einen mit der Teuerung zu tun, mit konkreten Überarbeitungen in der Projektentwicklung, aber auch mit Altlasten im Boden, die bei der

Boden- und Geologieanalyse gefunden wurden – unerwarteterweise. Und zuletzt steige damit auch das Reservebudget um 20 Millionen, weil prozentual geregelt und somit bei höheren Kosten automatisch teurer.

Was die Sportverbände freut, nervt allerdings den Tennisclub, für den im Projekt kein Platz vorgesehen ist – die heute genutzten Plätze müssen wohl aufgegeben werden. Und dessen Präsident tat seinen Ärger auch kund: Die Fussballplätze seien tagsüber meist leer, der Tennisplatz hingegen immer stark ausgelastet.

Filippo Leutenegger räumte ein, dass das wirklich unglücklich gelaufen sei – und ihm auch persönlich leid tue. Aber das Projekt sei nunmal in einer Phase geplant worden, in der bei den Fussballplätzen das Kontingent längst nicht reichte und immer mehr Menschen Fussball spielen würden, während beim Tennis der Bedarf stagnierte. Heute sind beide Sportarten stark im Wachstum.

Es stellt sich die Frage, warum bei Stagnation die Plätze nicht einfach belassen wurden, Stagnation ist schliesslich nicht gleich weniger Bedarf. Darin zeigt sich aber auch das Problem: Das knappste Gut in Zürich ist nun mal der Boden. Von diesem hat die Stadt nicht viel, zumindest nicht solchen, der für Sportanlagen gut geeignet wäre. Und Tennis ist durchaus flächenintensiver pro Person als ein Fussballfeld, wenn maximal vier Personen im Gegensatz zu 22 Personen gegeneinander spielen.

Wie dem auch sei, der Tennisclub wird auf Alternativen ausweichen müssen. Und Angebote für solche Alternativen wurden dem Club gemacht – er ist einfach noch auf keine eingegangen. Aber der Brief, dass der Platz zu räumen sei, liegt auch noch nicht im Briefkasten. Das Projekt muss bis dahin noch durch den Gemeinderat, dann vor die Stimmbewölkerung. Die Stadt erhofft sich einen Baubeginn im Jahr 2026 und die Inbetriebnahme des gesamten Areals im Jahr 2034. *sca.*

## Kein Grund zum Rotmalen



Der Winterthurer Finanzvorsteher Kaspar Bopp (SP) präsentiert ein moderates und wirkungsorientiertes Budget 2024. (Bild: me.)

Das Budget der Stadt Winterthur sieht für das kommende Jahr einen Verlust von minimalen 5,7 Millionen Franken vor. Die weiteren Perspektiven seien aber tiefrot, hielt Finanzvorstand Kaspar Bopp fest. Grund für bürgerliche Rotmalerei gibt es aber nicht: In den letzten zehn Jahren war die Rechnung nur einmal schlechter als das Budget – im Corona-Jahr 2020. Insgesamt schnitten die Rechnungsabschlüsse rund 300 Millionen besser ab als die Prognosen. Es ist die ureigenste Aufgabe eines Kassiers, Sorge zu den Finanzen zu tragen. Und das erledigt der Winterthurer Finanzvorstand Kaspar Bopp (SP) gekonnt und routiniert. Diese Woche stellte er das Budget 2024 vor. Es sieht ein Defizit von knapp sechs Millionen Franken vor und «ermöglicht dem Stadtrat die Verfolgung aller seiner Ziele in Bezug auf die Stadtentwicklung, die Klimamassnahmen, aber auch die Erneuerung und den notwendigen Ausbau der Infrastruktur, speziell auch im Bereich Digitalisierung». Vorgesehen ist auch ein voller Teuerungsausgleich für das städtische Personal. Die wesentlichen Ausgaben erfolgen in den stark gesetzlich bestimmten Bereichen Bildung, Soziales und Pflege. Geplant ist ein Stellenausbau um rund 70 Stellen, wovon rund die Hälfte im Bereich Bildung und da wiederum bei der familienexternen Betreuung anfällt. Diese verzeichnet wie in den letzten Jahren ein starkes Wachstum. Offenbar wird das Angebot geschätzt.

Umstritten im Stadtparlament werden voraussichtlich die elf neuen Stellen im Departement Bau und Mobilität von Christa Meier (SP) sein. SVP, FDP und die Mitte haben auch in den letzten Jahren stark auf

Obstruktion gespielt und dem Bau notwendige Planungsstellen versagt. Bei den Einnahmen fällt auf, dass der Steueranteil der juristischen Personen erneut gesunken ist. Sie bezahlen noch 17 Prozent der Steuereinnahmen, während die Bevölkerung 72 Prozent beiträgt. Knapp elf Prozent machen die Grundstückssteuern aus, deren Anteil über die Jahre hinweg ziemlich konstant ausfällt. Geht es nach dem Willen der Regierung, bleibt der Steuerfuss bei 125 Prozent. Pflichtgemäss wurden bei der Präsentation des Budgets auch die Finanzaussichten für die kommenden Jahre vorgestellt. Diese sehen zwar für die nächsten zwei Jahre noch keine grossen Defizite vor, hingegen für die Jahre 2026 und 2027 rasant anwachsende rote Zahlen. Während Kaspar Bopp diese Aussichten relativ nüchtern als Prognosen, die auch noch ändern könnten, vorstellte, zeigte sich in ersten Reaktionen vor allem die Mitte hysterisch und beklagte die Schuldenwirtschaft der Stadtratsmehrheit. Die Rotmalerei betreffend Finanzen beim Budget ist ein typisches bürgerliches Ritual. Aber auch die Finanzprofis neigen in den Prognosen eher dazu, die Finanzaussichten zu dämpfen. So hat die Stadt Winterthur in den letzten zehn Jahren nur einmal einen schlechteren Rechnungsabschluss zu verzeichnen, als im Budget vorgesehen. Dies war im Corona-Jahr 2020. Kumuliert haben die Rechnungsabschlüsse über die Jahre rund 300 Millionen Franken besser abgeschnitten als vorausgesagt. Die Rotmalerei ist also ziemlich faktenfrei. Das Budget 2024 ist gesamthaft moderat ausgefallen und zeugt von einem gezielten und wirkungsorientierten Einsatz der Mittel. *me.*

# Die ewige Not(h)wehr der Sozialdemokrat:innen

**Kaufkraft, Klimaschutz, Gleichstellung – mit diesen drei Hauptthemen und einfallreichem Wahlkampf will die SP am 22. Oktober die herbe Niederlage der Gesamterneuerungswahlen von 2019 rückgängig machen. Die Prognosen sind gut – aber sind sie gut genug?**

Tim Haag

Als «Wahlkampfgetöse» bezeichnete das Schweizer Fernsehen die Sondersession des Nationalrates, die die SP im September angesichts der explodierenden Mietpreise beantragte. Gefordert wurden periodische Mietrenditekontrollen, ein Moratorium für missbräuchliche Mietzinserhöhungen und dringende Massnahmen, um die Explosion der Mieten zu stoppen und die Kaufkraft zu stärken – ohne Erfolg im bürgerlichen Nationalrat. Diese Formulierung missfällt Jacqueline Badran, wie sie am vergangenen Freitag beim SP-Wahlkampfest in Horgen klarstellte. «Die Behauptung, Kaufkraft sei bloss das diesjährige Wahlkampfthema, ist schlicht falsch. Es war schon immer unsere Politik, dass der Grossteil gemeinsam erwirtschafteten Kuchens vor allem an die Leute geht, die ihn mitgebacken haben.»

Das veranschaulicht sie mit einem Badran-typisch mäandrierenden Geschichtsexkurs, zurück in die Zeit, als man Wohnungsnot noch mit th schrieb. «Viele Menschen, die zum Beispiel als Tagelöhner gearbeitet haben, konnten sich Anfang des 20. Jahrhunderts kein Zimmer, geschweige

denn eine ganze Wohnung leisten und mussten deshalb eine Matratze mieten», erzählt sie. «Und damit aus dem Matratzen-Sharing mehr Profit geschlagen werden konnte, wurden die einzelnen Matratzen immer kleiner – bis der freisinnige Stadtrat 1919 eine Matratzen-Mindestgrösse einführte.» Über dieses Stadium, die Symptome statt der Ursachen zu bekämpfen, sei die FDP bis heute nicht herausgekommen. Die Reaktion der Sozialdemokrat:innen auf diesen Wucher (das «ch» in «Wucher» betont Badran besonders, als wollte sie damit ihre Abscheu gegenüber allem, was hinter dem Wort steht, deutlich machen): Die Gründung des Mietverbands und der Genossenschaften – «aus Notwehr», wie es die Nationalrätin beschreibt. Und in diesem «Notwehrmodus» befinde sich die SP auch heute wieder. «Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks hat das Kapital seine Chance gewittert», so Badran. «Börsengänge agogo, Liberalisierung, Privatisierung, ein dramatischer Kaufkrafttrutsch und als Folge Prekarisierung der Arbeiterschaft, AfD, Meloni, Rechtsrutsche in allen Ländern Europas.»

Und das, nachdem man in den Jahrzehnten davor, als der Konsens des «nie wieder Faschismus» bestand, eine grosse, kaufkräftige Mittelschicht geschaffen, Sozialwerke aufgebaut und damit die Menschen von Existenzängsten befreit hatte. «Wie damals, als man Notwehr noch mit th schrieb, ist es auch heute und am 22. Oktober höchste Zeit, klarzustellen, dass wir uns diesen Wucher nicht mehr gefallen lassen», fordert Badran am Ende ihrer Rede. Und, dass die in Verfassung und Gesetz verankerte Kostenmiete mit Renditendeckel nach 20 Jahren endlich eingehalten werde.

## Auf Tiktok und im Pub

Not macht erfinderisch. Das merkt man dem Wahlkampf der SP an: Sie veranstaltete beispielsweise eine politische Pub-Quiz-Reihe, Fabian Molina und Tamara Funicello diskutierten auf Tiktok Mario-Kart spielend über Migration und Flavien Goussset sorgte mit seiner gewagten «Geh-nicht-wählen»-Flyerkampagne schweizweit für Aufmerksamkeit. Neben der von Jacqueline Badran in Horgen eindringlich aufs Tapet gebrachten Kaufkraft setzt die SP ihren Hauptfokus dabei auf die Themen Gleichstellung und Klimaschutz. Bei der

Gleichstellung gehe es zwar dank der feministischen Bewegung voran, sagt SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer, und sie spüre einen breiten Willen zur Veränderung, aber: «Wir sind noch lange nicht da, wo wir sein wollen. Frauen stehen finanziell immer noch deutlich schlechter da als Männer, junge Eltern reiben sich zwischen Beruf und Familie auf und Frauen und queere Menschen sind weiterhin mit Sexismus und Gewalt konfrontiert.» Um diese Probleme an der Wurzel zu packen, fordert die SP gute Löhne für alle, bezahlbare Kitas, die Einführung einer Elternzeit und ein Rentensystem, das Familienarbeit und Teilzeitarbeit mit einbezieht.

Noch breiteren Willen zur Veränderung scheint es bei den anderen beiden Kernthemen zu geben: Gemäss einer Tamedia-Umfrage gehören Kaufkraft und Klimaschutz zu den Angelegenheiten, die Herr und Frau Schweizer aktuell am meisten Sorgen bereiten (den ersten Platz auf der Liste belegen übrigens wenig überraschend und mit grossem Abstand die steigenden Gesundheitskosten, die über 75 Prozent der befragten Personen als alarmierend bewerten). Auffällig ist, dass der CS-Crash und seine Folgen kaum Einzug ins Wahlkampfdossier der SP finden. Wieso? Nachfrage bei Nationalratskandidat Nicola Siegrist: «Die SP hat seit dem CS-Crash im Parlament einiges gegen die Boni-Exzesse der Manager:innen und das Finanzcasino zu unternehmen versucht, aber die Bürgerlichen haben es schamlos auf die lange Bank geschoben. Bei aller Wut beschäftigen viele Menschen aber die unmittelbaren Probleme wie die Krankenkassen oder die Mieten stärker.» Siegrist versichert jedoch: «Das Thema bleibt aber auf der Traktandenliste, denn die Monsterbank UBS ist nun ein ständiges Klumpenrisiko für die Schweiz.»

## Fertig Pflasterlipolitik

Themen, die einen Grossteil des Volkes beschäftigen und engagierter, einfallreicher Wahlkampf – dieses Rezept könnte die SP nach der grossen Wahlniederlage von 2019 (–2,0 Prozent) wieder in den grünen Bereich katapultieren: 0,8 gewonnene Prozentpunkte traut die Tamedia-Umfrage der SP zu (Stand: 3.10.). Eher ein kleines Katapult also, besonders im Vergleich zum Trebuchet der SVP: Diese soll mehr als 3 Prozent zulegen.

Reklame

Wir ergreifen Partei

**FÜR STADT UND LAND.**

**SP LISTE 2**

**MICHÈLE DÜNKI-BÄTTIG**

**JEAN-DANIEL STRUB**

**DANIEL JOSITSCH in den Ständerat**



Gleich 7 National- und Ständeratskandidat:innen waren am Wahlkampfes in Horgen anwesend – und das Artistenduo Lucy und Lucky Loop. (Bild: Linus Cotardo)

0,8 Prozent, das reicht nicht, ist sich Daniel Jositsch, der zweite Gast des Horgner Wahlkampfes am Freitagabend, sicher: «Lassen wir uns nicht davon täuschen, dass es im Nationalrat eigentlich «okay» aussieht. Wir haben eine riesengrosse Ver-

antwortung.» Die SP müsse mindestens so viel gewinnen, wie die Grünen verlieren, nur um politischen Gleichstand zu erreichen. Prognosen zufolge wären das 2,7 Prozent Und: «Für politischen Fortschritt müssen wir noch viel mehr gewinnen.» Gerade im Bezug auf den Klimaschutz wären günstigere Mehrheitsverhältnisse im Parlament wünschenswert: «Bis 2050 wollen wir die Energiewende schaffen – also noch 27 Jahre», rechnet Jositsch im ehemaligen Schulhaus vor. «Das ist praktisch nichts, um ein Projekt dieser Grössenordnung zu stemmen.» Es bleibe nun keine Zeit mehr für Pflasterlipolitik. Was denn, wenn nicht Pflasterlipolitik? «Massive öffentliche Investitionen in den Umbau der Energieversorgung, die Mobilitätsinfrastruktur und den Gebäudepark – und zwar sozial gerecht, sodass wir niemanden zurücklassen», findet Nicola Siegrist. «Dann ist die Energiewende und der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft bis 2050 möglich.» Um die Kurve zu kratzen, brauche es aber eine stärkere Linke und konstanten Druck von der Strasse.

te-Ständerät:innen aus den CVP-Stammlanden, die ebenso gut bei der SVP sein könnten, aber aus familiärer Tradition der Mitte angehören.» Die Strategie dieser Phalanx: Jositsch in den zweiten Wahlgang drücken, um ihn dort mit geeinten bürgerlichen Schildern und Lanzen zu bezwingen. Für die linken Parteien ist die Wahl Jositschs im ersten Gang also eminent wichtig. Deshalb auch Jositschs Appell ans Publikum in Horgen: «Vergessen Sie nicht: Die grösste Partei sind die Nichtwähler:innen. Sie arbeiten vielleicht mit euch, sind Familienmitglieder oder Bekannte.» Und wie überzeugt man denn ein nichtwählendes Familienmitglied oder eine Bekannte, die SP zu wählen? Nicola Siegrist sagt: «Es gibt Parteien, die sind kurz vor den Wahlen immer sehr besorgt um die Wünsche der Wähler:innen, aber nach dem Wahltag machen sie wieder Politik für mächtige Lobbys, das sind FDP und SVP. Und es gibt eine Partei, die sich vor UND nach den Wahlen fürs Portemonnaie und die Rechte der normalen Leute sowie für den Schutz der Umwelt einsetzt: Das ist die SP.»

Reklame

**GRÜNE**  
GRÜNE.ZH.CH

**KATHARINA PRELICZ-HUBER**  
**IN DEN NATIONALRAT**  
BISHER, LISTE 3

**Für einen sozialen und feministischen Klimaschutz!**

### Die Phalanx aus den CVP-Stammlanden

Schlechter als «okay» sieht es im Ständerat aus: Dort sitze, so Ständeratskandidat Jositsch, eine «bürgerliche Phalanx ein», die jedes zukunftsreiche Projekt verhindere. Zwar sei im Ständerat die Mitte noch vor der FDP die grösste Fraktion, aber: «Das sind die konservativen Mit-

### PARTEIEN IM WAHLKAMPF

Wie geht es den Parteien links der Mitte im Wahlkampf, was freut oder ärgert sie, was sind ihre Themen? P.S. fragt nach – zum Abschluss bei der SP.

# Echte Lösungen statt Schaumschlägereien

Der Inklusion weht ein starker Wind entgegen. Ganz besonders dann, wenn es um die Volksschule geht. Warum das so ist und welche Massnahmen ergriffen werden müssten, um bei der Chancengerechtigkeit tatsächlich einen Schritt weiterzukommen, wird im folgenden Beitrag skizziert.

Monika Wicki\*

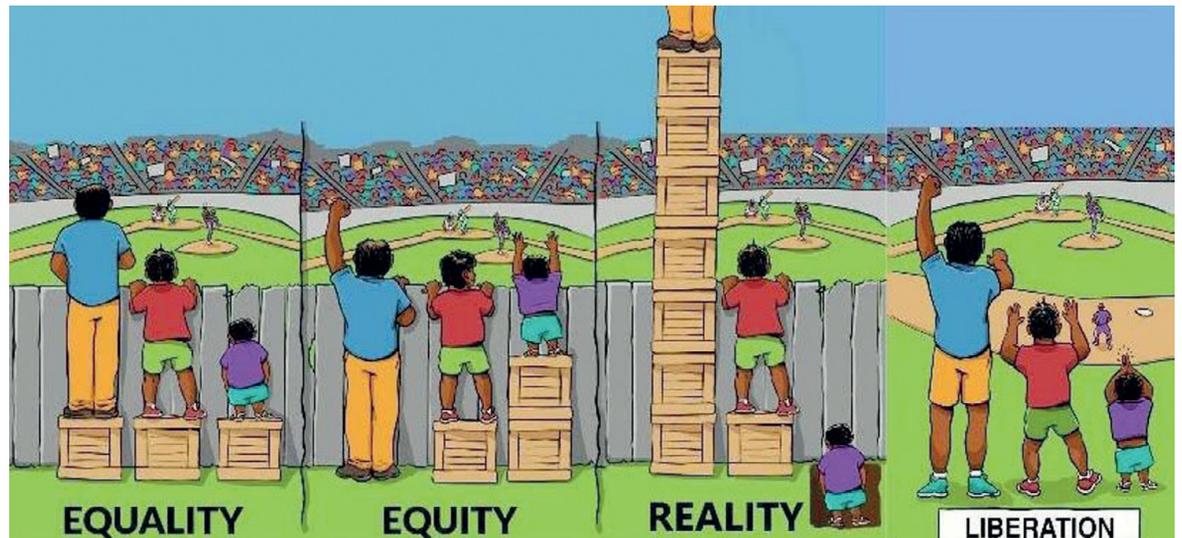
Vor 20 Jahren wurden in der Volksschule Schulleitungen eingeführt, Blockzeiten, Schulevaluationen, Elternmitwirkung und integrativer Unterricht, also Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in der Regelschule. Dieser kann als integrative Förderung oder als integrierte Sonderschulung erfolgen. Für die integrative Förderung erhalten die Schulen einen pauschalen Beitrag. Demgegenüber wird für die integrierte Sonderschulung den Schülerinnen und Schülern individuell Unterstützung zugesprochen. In beiden Fällen werden heilpädagogische Fachpersonen für die Förderung eingesetzt.

## Fehlanreize im Finanzierungssystem

In der Schweiz wurde ein duales System zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen eingeführt. Nebst dem integrativen Unterricht sind weiterhin separate Formen wie Kleinklassen oder externe Sonderschulen möglich. Dies ist im internationalen Vergleich eine teure Lösung: Einerseits müssen heilpädagogische Fachpersonen sowohl in der Regelschule als auch in der Sonderschule arbeiten, und andererseits besteht ein Anreiz dazu, zusätzliche Ressourcen über die Zuschreibung eines Sonderschulstatus bzw. durch die separierte Sonderschulung ins System zu bringen.

## Weitere Problemfelder

Seit vielen Jahren ist bekannt, dass Lehrpersonen stark belastet sind und dass ein Lehr- und Fachpersonenmangel auf uns zukommt. Gegen beides wurden keine wirkungsvollen Massnahmen ergriffen. Im Kanton Zürich wurde zwar der Schulversuch «Fokus starke Lernbeziehung» (FSL) durchgeführt. Dessen Ziel war es, die Anzahl Personen, die mit den Kindern arbeiten, zu reduzieren und damit auch die



Bei der Chancengleichheit (Equality) erhalten alle dieselben Ressourcen. Bei der Chancengerechtigkeit (Equity) werden Personen mit besonderem Bedarf zusätzliche Ressourcen zugesprochen. In der Realität haben oft diejenigen, die keine zusätzlichen Ressourcen benötigen, mehr als alle anderen. Inklusion, hier Liberation, bedeutet, dass die Ressourcen dafür eingesetzt werden, die Barrieren des Systems aufzuheben, so, dass alle gleichermassen mit ihren individuellen Voraussetzungen teilhaben können. (©ClinPsychDavid)

Lehrpersonen zu entlasten. Doch 2018 zeigte sich, dass die Ziele nicht erreicht werden konnten und der Versuch wurde beendet. Die Lehrpersonen sind nach wie vor belastet und Fachpersonen fehlen noch immer. Zusätzlich werden unausgebildete Personen als Notfallmassnahme in der Schule zugelassen. Sie werden durch das vorhandene Personal eingearbeitet und begleitet.

## Die Schaumschlägerei

Die Belastung der Lehrpersonen ist hoch. Bürgerliche Parteien fordern mit einer kürzlich lancierten Initiative Förderklassen. Doch das ist keine Lösung, sondern einfach heisse Luft. Im Kanton Zürich können alle Gemeinden, wenn sie wollen, solche Klassen führen. Sie tun es aber nicht, weil sie wissen, dass es in Förderklassen mehr Lehrpersonen braucht, die aber fehlen. Da mehr Lehrpersonen benötigt werden, würden die Förderklassen zudem das Budget stärker belasten. Dieses Geld fehlt dann an anderen Orten. Und wer wissenschaftliche Studien zur Kenntnis nimmt, weiss zudem: Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürf-

nissen lernen in Klein- und Sonderklassen nicht besser. Ihre Chancen, später einen Beruf im ersten Arbeitsmarkt zu erhalten, sind geringer, als wenn sie in den Regelklassen unterrichtet werden. Gleichzeitig können

**Klein- bzw. Förderklassen sind also eher ineffektiv, sie schmälern die Chancengerechtigkeit und sind, weil teuer, ineffizient.**

bei den anderen Schülerinnen und Schülern der Regelklassen keine Leistungseinbussen festgestellt werden. Klein- bzw. Förderklassen sind also eher ineffektiv, sie schmälern die Chancengerechtigkeit und sind, weil teuer, ineffizient.

## Echte Lösungen

Um die gegenwärtigen Probleme der Volksschule tatsächlich anzuge-

hen, müssten aus wissenschaftlicher Sicht folgende Massnahmen ergriffen werden: Statt Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in kleinen Klassen zusammenzutun, sollten diese erstens, so die aktuelle Studie von Eugster et al. (2022), gleichmässig auf die Regelklassen verteilt werden. Zweitens braucht es eine starke Erhöhung der pauschalen Ressourcen und gleichzeitig eine Senkung der individuell verteilten Ressourcen für die integrative Förderung. So können mehr Mittel für die Entwicklung der Volksschule, die Weiterbildung der Lehrpersonen, für Teamteaching und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Eltern eingesetzt werden. Drittens brauchen wir flexibel gestaltbare, berufsbegleitende Ausbildungsgänge für Lehrpersonen an den PHs, in denen auch Diagnostik und inklusive Didaktik erlernt wird, und viertens ist es angebracht, das teure, duale System aufzuheben und diesen Fehlanreiz zu eliminieren.

\* Monika Wicki ist Professorin an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik und SP-Kantonsrätin

## Empathie

### Restaurative Justiz ist ein Programm, in dem sich Straftäter und Opfer begegnen.

Eine ältere Dame ist paralysiert durch einen vermeintlich simplen Entreissdiebstahl und traut sich kaum mehr vor die Tür. Ein jüngerer Straftäter erkennt im Raubkonzept der vorübergehenden Geiselnahme zwecks Plünderung der Kreditkartenlimite keine Schädigung einer persönlichen Integrität. Frankreich hat 2014 das Programm der restaurativen Justiz installiert, worin direkt involvierte Straftäter und Opfer via eine Mittlerperson in Kontakt treten und/oder sich in Gesprächsrunden in Gefängnissen ehemals Gewalt ausübende und ehemals Gewalt erleidende Personen in Begleitung einer Mediation austauschen können. Jeanne Herry beleuchtet im Spielfilm «Je verrai toujours vos visages», inwieweit dieser Ansatz zur Versöhnung, zur Möglichkeit der Verarbeitung ein Potenzial zur Verbesserung einer Sozialverträglichkeit oder einer Traumagesundung zu entwickeln vermag. Oder schlicht durch die darin innewohnende Übersetzungsleistung zwischen divergierenden Erfahrungen Blockaden befreien oder Handlungsschemen durchbrechen kann. Der ziemlich prominent besetzte Cast versammelt via die verschiedenen Perspektiven von



Mediator:innen, die einer spezifisch-individuellen Erneutbegegnung und die Dynamik einer Selbsthilfegruppensituation von eher allgemeinem Charakter, was die Fallstricke, aber hauptsächlich die Chancen dieser institutionellen Verständigungsbemühung offenbart. Neben der Inkenntnisnahme einer brutal subjektiven Einschätzung darüber, was überhaupt als Gewalttat angesehen wird, und dementsprechend, wie unterschiedlich sich eine Gewalterfahrung auf das eigene Urvertrauen auswirken kann, ermöglicht der Film auch eine geschärfte Wahrnehmung dafür, dass Übergriffe kein rein klassenspezifisches Phänomen darstellen und sogar, dass langjährige Haftstrafen eine Abkehr von jeder Aussenwelt begünstigen können. Der Plan, eine Verarbeitung vor eine Tabuisierung zu stellen, erscheint als in jeder Hinsicht klug. *froh.* «Je verrai toujours vos visages» spielt im Kino Movie.

## Gebrochen

### Gewalt gebiert Gewalt. Luc Besson findet mit «Dogman» eine exotistische Parabel dafür.

Der Vater (Clems Schick) ein Säufer und Schläger und bigotter Frömmeler, der grosse Bruder (Alexander Settineri) sein sadistischer Spitzel und Denunziant. Die Mutter (Iris Bry) ist schon der Schatten ihrer selbst, als der kindliche Douglas (als Kind: Lincoln Powell/erwachsen: Caleb Landry Jones) im Hundezwinger interniert, ultimativ sein Mannsein unter Beweis stellen soll. Heisst: überleben.

In einem anderen Gefängnis Jahrzehnte später befragt die Psychologin Evelyn (Jojo T. Gibbs) einen abgehalfterten Travestiekünstler im Rollstuhl, der sowohl für aus dem Ruder gelaufene Bandenkriege als auch die spektakulärsten Juwelendiebstähle verantwortlich sein soll, aber weder das eine noch das andere persönlich ausgeführt haben kann. Seine Hundemeute soll er zu einer Kampf- und Diebestruppe gedrillt haben. «Dogman» trägt hinsichtlich der emotionalen und moralischen Überverdeutlichung klar Luc Bessons Handschrift, die er paart mit tollkühnen Actionszenen und einer schmonzettenhaften Liebe. Nachdem ihm ein Querschläger noch im Hundezwinger das Rückenmark durchtrennt hatte, dressierte er



nach der polizeilichen Befreiung die Hunde für einfache Hilfestellungen, damit sein Leben selbstständig überhaupt bewältigbar wurde. Botengänge und so. Offenbar erwuchs in der Abgeschiedenheit einer verlassenen Schule daraus über die Jahre eine Meute, die auf Geheiss ihres Leitwolfs ebenso zu helfen wie auch zu töten bereit war.

Als von der Gesellschaft Ausgestossener fand Douglas eher zufällig zwischenmenschlichen Unterschlupf bei den gleichwohl an den Rand oder in den Untergrund gedrängten Schwulen und Travestiekünstlern, wo er mit seiner Gesangsstimme für Furore sorgte. Seine umfassende Bildung klassischer Dramatik hat er sich aus Liebe zur Jugendfreundin und Schauspielerin Salma (Grace Palma) selber angelesen, was ihn für die Polizeipsychologin Evelyn nur noch schwieriger fassbar macht. *froh.*

«Dogman» spielt in den Kinos Abaton, Alba, Arena, Capitol, RiffRaff.

## Schleichend

### Wie kann es kommen, dass sich moderne tunesische Töchter Daesh anschliessen?

Erst im zweiten Anlauf fand Kaouther Ben Hania («The Man who sold his skin») einen Dreh, um ein grösstmöglich authentisches Agieren vor der Kamera zu ermöglichen. «Les filles d'Olfa» ist halb dokumentarische Befragung, halb Making-Of, halb inszeniertes Reenactment. Jawohl, das ergibt mehr als eins. Genauso wie die Frage nach dem Warum derart mehrdeutige, einander überlappende Erwägungen nach sich zieht, dass ihre Ergründung eine weite Auffächerung der involvierten Facetten erfordert. Die beiden älteren der vier Töchter von Olfa Hamrouni hatten sich offenbar völlig überraschend radikalisiert und Daesh angeschlossen. Die beiden Kleinen konnte sie gerade noch mit vollem Körpereinsatz davon abhalten, ihnen zu folgen. Die Mutter hatte ihr Schicksal in Tunesien als Warnung in die Öffentlichkeit getragen.



In «Les filles d'Olfa» stehen Olfa Hamrouni und ihre beiden kleinen Töchter Tayssir und Eya sowie die Olfa-Darstellerin Henda Sabri und jene der vermissten beiden älteren Ghofrane und Rahma Ichraq Matar und Nour Karoui in einem Einzimmerkammerspielset. Vorneweg: Die eine, treffliche Antwort bleibt aus. Dafür glückt Kaouther Ben Hania ein vielschichtiges Sittenbild der Situation der Frau in mehreren Generationen in Tunesien. Die Haltung dem Mann als Vater, Bruder oder Gatten gegenüber ist für Olfa Hamrouni von Missachtung, Furcht und wehrhaftem Selbstschutz geprägt, weshalb sie auch ihre Töchter züchtigend an ihre Schicklichkeit heranführt, derweil in der Gesellschaft eine Radikalisierung einsetzt, worin der Niqab als deutlichstes Symbol zunächst noch als Mode-Accessoire angesehen wird. Der Drang nach Selbstbestimmung der Teenagetöchter ist gleichbleibend bis wachsend, allein die Verortung, wodurch sie sich erreichen liesse, verändert sich schleichend. Es wird viel gelacht, auch geweint am Set. Der Erwartungsdruck an eine Frau und ihre Möglichkeiten für eine Widerständigkeit werden nachfühlbar. *froh.*

«Les filles d'Olfa» spielt im Kino Houdini.

# Ausblick, Rückblenden & «100 Jahre Radio-Show»

## Samstag, 7. Oktober

8.30 SWR: «**Personalisiert und mit KI?**» David Beck fragt im Umfeld von 100 Jahre Radio nach dem Radio der Zukunft. «Guten Morgen, Michi! Es ist 7.32 Uhr. Jetzt kommt erstmal dein aktueller Lieblingssong – danach die Nachrichten nur für dich.» So könnte das etwa klingen... Und nach 9 Uhr in der Musikstunde: «XXL: World Jazz im Grossformat.»

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit der Schriftstellerin Anke Stelling.

11.00 DLF: «**Von aussen bedroht, im Innern zerrissen.**» Christoph Kersting berichtet in der Reihe Gesichter Europas aus der Republik Moldau. Ein kleines Land, halb so gross wie Österreich, das zu den ärmsten in Europa zählt. Und es wird von Russland offen bedroht. Seit dem Angriffskrieg in der Ukraine wächst diese Sorge...



SRF 2 wiederholt die «Musik für einen Gast» mit Lucien Leitess, Gründer des Unionsverlages. Seit einem halben Jahrhundert öffne dieser – so die schöne Formulierung der Vorschau – «von Zürich aus ein Fenster zur Welt». Gegründet wurde er an einem Küchentisch, ganz im Geist der sozialen Bewegung der 68er. «Man steht mit den Füßen im Schlamm und greift mit den Händen nach den Sternen.» Nun gibt Leitess die Leitung des nach wie vor unabhängigen Verlages, der Literatur aus allen Weltregionen zugänglich macht, in andere Hände. Mehr als 1000 Bücher aus Regionen, deren Literatur bei uns meist wenig Beachtung findet, sind inzwischen erschienen.

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Gabriela Oberkofler, Künstlerin mit Arbeitsschwerpunkt «bedrohte, ausgebeutete Natur». Unter anderem hat sie in ihrer Südtiroler Heimat einen Bauernhof zu einem «Institut für alternative Landwirtschaft, zeitgenössische Kunst und Leben in der Peripherie» umgewandelt.

20.00 SRF 2: «**Zrugg**» von Händl Klaus. Sein neuestes Hörspiel entwerfe «das Panorama einer Tiroler Familie», voller Zeitgeschichte, zwischenmenschlichen Untiefen, zweifelhaften Anekdoten. Produziert wurde das Dialektspiel vom ORF. Parallel dazu beim DLF als Hörspiel des Monats: «Zärtlichkeiten.» Zehn kurze Geschichten über Nähe und Verbundenheit. Nach einer Idee von Paulina Czienskowski verfasst von Jakob Nolte, Karosh Taha, Paulina Czienskowski, Duygu Ağal, Fikri Anıl Altıntaş, Miku Sophie Kühmel, Karen Köhler, Theresia Enzensberger, Fabian Saul & Senthuran Varatharajah sowie Julia Weber. Nach dem Urteil der Jury berührt hier, «dass trotz der Härten der Welt und

Herausforderungen wie Gewalt, Verlust und Schmerz, die Verbindung zwischen den Menschen bestehen bleibt.»



21.00 SRF 2: «**Warschauer Herbst.**» Reportage von Moritz Weber in Musik unserer Zeit.

22.00 SWR: «**Mehr als Noten.**» Sophie-Emilie Beha über Aktivismus und Jazz. «Jazz ist stets politisch», sagte 2016 der US-amerikanische Saxofonist Mark Turner. Wie steht es damit im deutschsprachigen Raum?

23.00 SWR: «**Höllenfahrt.**» Hörspiel nach dem gleichnamigen Romankapitel in «Joseph und seine Brüder» von Thomas Mann. Gleichzeitig beginnt beim DLF eine von Markus Metz und Georg Seesslen gestaltete Lange Nacht über das Disney-Imperium: «Traumfabrik für die Welt.»

## Sonntag, 8. Oktober

8.30 SWR: «**Moderne Chemie.**» Auf der Suche nach neuen Verbindungen. Science Talk mit der Chemikerin Stefanie Dehnen vom Karlsruher Institut für Technologie. Parallel bei SRF 2 in den Perspektiven: «Eine Reise ins Innere – zum Sinn des Lebens?» Mirella Candrea über neuere religiös-spirituelle Strömungen.

9.30 DLF: «**Mit der Schreibmaschine die Welt retten?**» Miriam Zeh über neues Engagement in der Literatur.

12.00 SWR: «**Zwischen Heidentum, Magie und Feminismus.**» Mark Kleber über die Hexen von heute.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Barbara Traber, Journalistin, Autorin, Lektorin.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Franziska Tanneberger, Moorforscherin.

14.00 SWR: «**Hotzenplotz, Krabat und der Zauber der Versöhnung.**» Eberhard Reuss zum 100. Geburtstag von Otfried Preussler.

15.00 SRF 2: «**Vom Geschmack in der Musik.**» Zweitausstrahlung einer Passage von Benjamin Herzog. «Es gibt keine gute oder schlechte Musik, sondern nur gut oder schlecht gespielte», sagte einst Louis Armstrong. Wirklich? Befragt wird Melanie Wald-Fuhrmann, Professorin für empirische Ästhetik in Frankfurt.

16.30 DLF: «**Scharfgestellt.**» Oder: Die nächste Pandemie als Gedankenexperiment. Der erste Teil eines Beitrags von Arndt Reuning in Forschung aktuell. Mehr in einer Woche.

18.20 SWR: «**Der Hals der Giraffe.**» Hörspiel nach dem Roman von Judith Schallansky. Ein biologistisches Weltbild gerät ins Wanken.

20.00 DLF: «**Reinigungsarbeit.**» Von äusserer und innerer Sauberkeit. Feature von Bettina Mittelstrass. Danach aus dem «Wahlstudio» die Resultate aus Bayern und Hessen.

23.00 SWR: «**Kunst, Computer und Wüstenrennmäuse.**» Aus dem Erinnerungsalbum der Moderne. Essay von Lutz Dambeck. 1970 im Jewish Museum in New York: Würde es wirklich gelingen, einen neuen Golem zu bauen?

## Montag, 9. Oktober

8.30 SWR: «**Vom Bombenbauer zum Menschenrechtler.**» Michael Hänel über Andrej Sacharow.

14.00 SRF 1: «**S Kind woni gsi bi.**» Hörspiel von Urs Widmer. Produziert 1991.

15.00 SWR: «**Der verlorene Sohn Mannheims.**» Eberhard Reuss über Xavier Kurt Naidoo. 1971 in Mannheim geboren, wurde er als Kind wegen seiner dunklen Hautfarbe gehänselt, später führte der Weg des deutschsprachigen Soul-Sängers steil nach oben. Und von dort wieder bergab: mit Verschwörungsmäusen und Liedtexten mit antisemitischen Tönen...

18.30 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Gianna Molinari: Das Eis schmilzt, die Hecke wächst.

## Dienstag, 10. Oktober

8.30 SWR: «**Vom weissen Entenhäusen zur schwarzen Arielle.**» Christoph Drösser über den Disney-Konzern.

10.00 DLF: «**Gut versorgt bis zuletzt.**» Was kann die Palliativmedizin?

15.00 SWR: «**Nazdar will Ärztin werden.**» Matthias Holland-Letz über eine Schule für jesidische Kinder im Nord-Irak.

19.15 DLF: «**Die Erntemacher.**» Wie die Ernährung in Afrika gesichert werden kann. Feature von Bettina Rühl. Von der Suche nach Lösungen und was ihre Umsetzung verhindert.

20.00 DLF: «**Die Umarmung, nach Picasso.**» Hörstück von Friederike Mayröcker. 1986 produziert von Klaus Schöning mit Gisela Stein und Bruno Ganz. Parallel bei SRF 2 als Konzert-Mitschnitt: «Y-Otis am Jazzfestival Chur.»

21.00 SWR: «**Mikrofonierter Atem der Geschichte.**» Das Hans-Rosbaud-Studio in Baden-Baden schliesst seine Pforten. Rückblenden von Michael Struck-Schloen.

22.00 DLF: «**Aus der Stube in die Welt.**» 100 Jahre Kammermusik im Rundfunk. Eine Sendung von Johannes Jansen.

## Mittwoch, 11. Oktober

8.30 SWR: «**Mehr Platz, mehr Sicherheit, mehr Rechte.**» Stephanie Eichler zur Vorfahrt für Fussgänger.

10.00 DLF: «**100 Jahre Radio.**» Eine Radio-show zum Jubiläum. Live aus dem historischen RIAS-Gebäude am Hans-Rosenthal-Platz in Berlin.

15.00 SWR: «**Mixen, Heizen und Kochen verlernen?**» Ulrich Biermann und Veronika Bock zum Streit um elektronische Küchengeräte.

20.00 SRF 1: «**Ds Beschte vom Beschte**» vom Mundartfestival Arosa 2023. Parallel bei SRF 2: «Am Brunnen vor dem Tore» von Ingeborg Bachmann. Angeboten als Archivperle zum 50. Todestag der Schriftstellerin. SWR 2 Kultur sichtet derweil «100 Jahre Musik für das Radio.» Hans Ackermann über die Funkkonzerte. Und beim DLF von Mechthild Klein: «Christsein als Protest.» Wie Iraner:innen um Asyl kämpfen.

21.00 DLF: «**Kabarett zwischen allen Stühlen.**» Allrounderin Ellen Schaller aus Chemnitz.

## Donnerstag, 12. Oktober

8.30 SWR: «**Wie die Nazis den syrischen Geheimdienst aufbauten.**» Bartholomäus Laffert über Assads Folterknechte.

15.00 SWR: «**Immer der Nase nach.**» Martin Hecht zur Kunst des Wanderns.

21.00 SWR: «**Komponieren für ein junges Medium.**» Valeska Müller zu 100 Jahre Radio.

22.00 DLF: «**Aufbruch in Stunde Null.**» Das NDR Sinfonieorchester. Norbert Hornig in der Serie über 100 Jahre Musik im Radio.

## Freitag, 13. Oktober

8.30 SWR: «**Kult um ein Fabelwesen.**» Matthias Kussmann über das Einhorn.

10.00 DLF: «**Lebenszeit.**» Ich will entscheiden, wann ich gehe. Wieviel Selbstbestimmung ist beim Sterben möglich?

15.00 SWR: «**Wenn Dystopien lebendig werden.**» Gedankenverbrechen in Belarus, Feature von Inga Lizengevic.

20.00 DLF: «**Dieter, Katrin und Daniel.**» Ein Mann verschwindet. Feature von Rosa Hannah Ziegler. Dokumentation einer schwierigen Beziehung. Parallel bei SRF 1: «Tannenklirren» von Eva Strasser. Folge fünf. Und bei SRF 2 geht es in der Passage um Adam Smith: «Kapitalist mit sozialer Ader.» Günter Kaindlstorfer versucht eine Neubewertung. Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr. Dann mehr!

22.00 SWR: «**Die Geschichte hätte anders verlaufen müssen.**» Ilija Trojanows Gedankenspiel über Tausend und ein Morgen.

**DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

# Bücher der Woche

## 100 Worte



Achtlos brauchen wir sie oder gehen an ihnen vorbei. Schon lange haben wir sie in unseren Wortschatz übernommen, manchmal stolpern wir über ihren Gebrauch oder halten sie für selbstverständlich, obwohl sie nichts erklären. Wir könnten uns auch wundern, woher sie kommen.

Peter Krebs liest solche Begriffe auf als Auslöser zum Spinnen feiner Gedankengänge. Als begeisterter Wanderer schreitet er durch die Wortwelten wie durch eindrückliche Landschaften voll duftender Blumen, interessanter Gesteinsformationen oder exotischer Tiere.

Gekonnt setzt er die Fundstücke am richtigen Ort ein oder ab, so dass die Leserin leicht und einfach folgt, auch wenn sie sich am Schluss von zwei oder drei Seiten gelegentlich verblüfft fragt, was der Ausgangspunkt gewesen sei. Das macht nichts, denn amüsiert hat sie sich alleweil und beiläufig Stoff zum Nachdenken aufgelesen. Beim einen oder anderen Begriff wird sie künftig nachdenken, bevor sie ihn verwendet. Oder schmunzeln, wenn sie ihm begegnet. Wer gerade wenig lernbegierig ist, kann sich auch einfach eine Betrachtung zum Nachtsich kredenzen und auf der Zunge zergehen lassen.

Claudia Nielsen

Peter Krebs: **Auf ein Wort**. AS Verlag 2023, 220 Seiten. 39 Franken.

## Durchs Appenzell

Das dritte Wanderbuch von Marcel Steiner trägt den Untertitel «von Dorf zu Dorf». In 20 Etappen führt die Rundwanderung von Herisau entgegen der Uhrrichtung zurück nach Herisau, wobei man jeden der 20 Vorschläge alleine absolvieren kann. Alle Dörfer sind mit dem öV gut erreichbar (also mindestens Stundentakt), die Wanderungen dauern um die drei Stunden, wobei das Appenzeller Wahrzeichen, der Alpstein, ausgenommen ist. Den sieht man nur aus der Ferne. Dafür lernt man die eher sanften Hügel, die in einzelnen Passagen durchaus ruppig sein können, von Inner- und Ausserrhoden kennen.

Die Wanderungen haben die typische Qualität des Landes: Man ist sehr rasch alleine in Wäldern, Wiesen und Schluchten, aber bis zum nächsten Dorf mit Einkehrmöglichkeiten dauert es selten länger als eine Stunde. Die meist rund dreistündigen Wanderungen sind nicht sehr streng, aber doch Wanderungen und nicht nur Spaziergänge, Wanderschuhe ein Vorteil.



Und nicht ganz unwichtig: Der Grossteil der Wanderungen sind heute Ganzjahreswanderungen, da der Schnee selten liegen bleibt. Das Buch hat viele Hinweise auf nicht nur historische Sehenswürdigkeiten. *kl.*

Marcel Steiner: **Wanderparadies Appenzellerland 3**. Appenzeller Verlag 2022, 212 Seiten, 39.90 Franken.

## Via Grimm

Robert Grimm gehört zu den einflussreichsten Politikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Schweiz. Bevor er ein berühmter Politiker und Arbeiterführer wurde, war er ein junger Buchdrucker, der sich auf die Walz begab und sich quer durch Europa vorübergehende Arbeit suchte.

1902 etwa kam er nach einer längeren Wanderschaft von Graz nach Görz, von wo er zurück nach Wald wanderte. Hatte er etwas Geld im Sack und gab es eine Eisenbahn oder eine Kutschenverbindung, benutzte er auch diese Transportmittel. Die Robert Grimm-Gesellschaft, die sich in der

Regel um das politische Erbe Grimms kümmert, vernachlässigt indes seine Walztätigkeit nicht ganz.

Ein paar Mitglieder der Gesellschaft rekonstruierten seine Route von 1902 und tippelten die Strecken ab. Wobei sie dafür teilweise Ersatz finden mussten, da die damaligen Routen sich fürs Wandern als Strassen oder gar Autobahnen nicht mehr eignen. Der Reiseleiter hat die 48 Etappen (meistens mit Wanderzeiten um die 5 Stunden, mitunter auch etwas mehr) aufgezeichnet, so dass sie nachgelaufen werden können. *kl.*

Fritz Brönnimann: **Via Grimm**. Robert-Grimm Gesellschaft 2023, 102 Seiten, 20 Franken. Wer das Buch will, schicke eine 20-Franken-Note an Fritz Brönnimann, Willishalten 3, 3086 Zimmerwald.



## Krimi der Woche



Tereza Berger wartet an der Anlegestelle der Fähre nach Ouessant, der letzten Insel vor der bretonischen Atlantikküste, vergeblich auf den Commissaire Gabriel Mahon. Er hat sie als Begleiterin zu einer Hochzeit eingeladen. Während der Fahrt wird ihr ein Couvert von Gabriel überreicht. Tereza findet

darin ein Buch, kein sehr originelles Geschenk für eine Buchhändlerin. Der Titel lautet: «Reise in die Hölle – eine Novelle von M. Abel» und handelt von der Schiffsreise der Drummond Castle von Kapstadt bis zu deren Untergang vor der Insel Ouessant im Jahr 1896. Tereza vertieft sich ins Buch, bis sie der aufziehende Sturm seekrank macht und

am Weiterlesen hindert. Auf der Insel angekommen, ist kein Gabriel zu sehen.

Tereza, die nun seit gut zwei Jahren in der Bretagne lebt, weiss sich zu helfen. Sie schleppt ihren Koffer zu Bicyclette Rosie, mietet ein Velo und findet das Hotel mit ihrem reservierten Zimmer. Bei Rosie hat Tereza ein Plakat entdeckt mit dem Text: «Eolienne, non merci» (Windkraftanlage, nein danke). Die Bewohner:innen der Insel sind in dieser Sache tief gespalten, dass sich ein Investor einmischte wird schnell klar. Unterwegs hat Tereza einen toten Adler und eine zerfetzte Befürworterflagge entdeckt. Der Vogel scheint erst der Anfang des Konflikts zu sein. Derweil nimmt der Sturm an Windstärke zu, wirbelt alles, was nicht niet- und nagelfest ist durch die Gegend. Unter diesen widrigen Umständen kann die bretonische Hochzeit nicht stattfinden, zudem ist der Bräutigam, ein Hiesiger, verschwunden. Die Braut, eine Pariserin, ist ratlos. Und die verschworene Inselgemeinschaft schweigt. Tereza will die Verantwortlichen für die

toten Vögel finden. Sie beginnt zu ermitteln, trotz Widerstand von Gabriel. Zum Glück hat sie ihre Boule-Rouge dabei, die riesige Handtasche, in der sich immer das Nötige findet. In einer Kapelle stösst sie auf den toten Investor. Ob Unfall oder Mord, ist die Frage. Zwischen die wildromantischen Beschreibungen der Insel, die präzise Charakterisierung der verschworenen Inselgemeinschaft, das Pro und Contra zur Windkraft schiebt Autorin Kasperski die Kapitel zum Untergang der Drummond Castle ein.

Der Roman im Roman ist ebenso wirklichkeitsnah beschrieben wie die Handlung der Hauptgeschichte. Kasperski überzeugt durch ihre spürbare Freude am Schreiben: flüssig, präzise beobachtend, voller unerwarteter Wendungen, humorvoll und mit grosser Liebe zur Bretagne.

Marianne de Mestral

Gabriela Kasperski: **Bretonisch mit Sturm**. Emons Verlag 2023, 271 Seiten, 21.90 Franken.

## Ernst

### Mit einer szenischen Lesung seines Alterswerks wird Max Peter Ammanns gedacht.

Der im letzten Jahr im Sommer im hohen Alter verstorbene Max Peter Ammann setzte sich während seiner Jahre als Dramatikleiter des Schweizer Fernsehens (1976–1991) für ein «anspruchsvolles, forderndes und gesellschaftlich relevantes Kulturfernsehen» ein und war massgeblich dafür verantwortlich, dass der US-amerikanische Vierteiler «Holocaust» ebenda ausgestrahlt wurde, so der Nachruf auf kath.ch. Das Alterswerk «faustöffnen...» beginnt denn auch mit der Ermahnung eines Landlehrers: «Der Faschismus ereignet sich nicht ab, er ist immer präsent. Verstanden?» René Peier, Maurizio Siconolfi und Beatrice Kessler verleihen der anspruchsvollen Lesung den ihr gebührenden Ernst, aber ohne den sich zwischen den Zeilen verbergenden Schalk zu unterschlagen. Eine Art Lebensgeschichte mit dem Lebensmit-



(Bild: Doris Hürzeler)

teltpunkt Theater (!) verbindet Szenen aus Tschewchows «Kirschgarten», Grass' «Brechtrommel» und vor allem Goethes «Faust» mit einer Handlungsschilderung eines jungen Schauspielers, der direkt nach Kriegsende vom Schauspielhaus Zürich aus in ein Engagement ins zerbombte Frankfurt am Main wechselt. Dort trifft er einerseits auf ein reihum überbordendes Interesse an Nachrichten und den Inszenierungs- und Rollenerfüllungsratschlägen der Exil-Schauspielgrößen der Zeit und andererseits auf eine genauso zerstörte Institution Stadttheater, in der zuletzt die Figur des Neulings Max zusammen mit dem einarmigen Pförtner im Auftrag der schwächelnden, kriegsversehrten Regiegrößen die Entscheidungen fällen, was er als zugleich ebenso sehr grosse Chance wie Verantwortung empfindet. Die Diskussionen im Ensemble drehen sich sämtlich um die menschliche Verantwortung und den offensichtlichen Graben zwischen Eingeständnis und Erkenntnis. Der Abend gemahnt der (über-) lebenswichtigen Kraft von Theater mittels seiner Dringlichkeit einer Schärfung von Gedanken und lässt beinahe geräuschlos einen Wehret-den-Anfängen-Appell mitschwingen. *froh.*

«faustöffnen...», bis 7.10., Keller62, Zürich.

## Spielworte

### Nur weil sich etwas so ausdrücken lässt, heisst das noch nicht, dass es Sinn ergibt.

Sekundiert vom Duden und der Zürcher Bibel begibt sich Simon Chen mit «Im Anfang war das Wort» auf eine sprachseminarische Reise mit dem Ziel, die Ecken und Winkel zu erhellen, in denen ein «sagt man so» gegen die innere Logik eines Inhalts prallt. «Wenn Gott wüsste, was Atheisten über ihn denken, würde er sich im Grab umdrehen», ist eines der allerersten Beispiele im Programm, das wie auch immer gedreht und gewendet, partout überhaupt keinen Sinn ergibt. Aber Lacher generiert. Und darum gehts. Es ist kein Lehrstück, sondern das Liveerlebnis eines sich Wunders eines Wortarbeiters mit der Spezialbegabung, einen lyrisch aufs Glatteis zu führen. Insofern eine überaus denkwürdige Ermahnung, sich bei der gemeinen Alltagsplapperei der Wortherkunft, der Bedeutung und insbesondere der korrekten Verwendung gewahr zu bleiben oder zu werden, auf dass Blüten wieder Falschgeld oder Blumen sein dürfen. Dabei beweist Simon Chen einen recht ausgeprägten Hang zum Kalauer, was ihn wiederum meilenweit vom anscheinend alles dominierenden Todernst eines Begrifflichkeitendisputts verortet. Er ist kein sogenannter Sprach-



(Bild: Fabian Rölli)

polizist. Vielmehr ein Värslischmied mit dem Faible für Ungereimtheiten, zuallererst formaler Art. Angespornt von sprachlich mehrdeutig interpretierbaren Wortkreationen auf Hinweistafeln oder der Werbung, etwa dem «Warteraum» auf dem Fussweg zum Krematorium, beginnt er mit der Eigenkreation von zugleich möglichst verständlichen, aber eben auch irrlichternden Sprachbildern à la: «Was in einem Hohlraum aufleuchtet, ist ein Geistesblitz». Dies eingebettet in eine auf die Pointen abgestimmte Dramaturgie, die den Abend etwa mit einer Entdeckungsreise in sein Grosshirn oder der Aufklärung über die vermutlich tatsächlichen Dialoge zwischen Adam und Eva bereichern. Die Wort-Spiel-Worte sind teils waghalsig, bleiben aber immer so vorsichtig, dass sie vor Abgründen Halt machen. *froh.*

Simon Chen: «Im Anfang war das Wort», 30.9., Millers, Zürich.

## Hibbelig

### Livio Beyeler verleiht der Rockoper «Rent» eine etwas gar liebliche Musicalhaftigkeit.

Die vierköpfige Band hinter der Bühne von «Tick, tick, ... Boom» (Elia Aregger, Amanda Kiefer, Luca Görg, Marius Sommer) holt hörbar immer wieder zu verschiedenen Musikstilrichtungen aus, die von den drei Sänger:innen Jendrik Sigwart als Jon, Vikrant Subramanian als Michael und Jessica Trocha als Susan aber nicht gleichermassen changierend, als die jeweilige szenische Emotionalität ausreichend voneinander separierend vermögend mit ihrer jeweiligen Stimmgewalt ergänzt wird. Der in die Länge gezogene letzte Ton setzt sich immer wieder als dominierendes Element in den Vordergrund, dass zuletzt gerade mal das kleine Finale vor der Pause und ein Solo von Jessica Trocha als herausstechend einen Widerhall im inneren Ohr finden. Ohrwürmer im klassischen Sinn, deren musikalisches Thema einen weiterhin begleitet, sind in der Vorstellung vom 29. September höchstens anhand eines Potenzials, also theoretisch auszumachen. Dabei ergäben die inhaltlichen Themen von selbstreferenzieller Torschlusspanik eines noch nicht von Erfolg verwöhnten Komponisten vor dessen 30. Geburtstag, eine unglücklich zu Ende gehende Liebesbeziehung, ein über-



(Bild: Tanja Dorendorf)

raschendes Hochgefühl und zuletzt die panische Furcht vor der bedrohlichen Immunschwächekrankheit AIDS klar voneinander separierbare heftige emotionale Regungen, die nach eigenem Dafürhalten auch entsprechend verschieden klingen müssten. Insbesondere Jendrik Sigwart wirkt in seiner hibbeligen Bühnengesamtinanspruchnahme irgendwie in Eile, gestresst, unter Druck, und dies obschon Regisseur Livio Beyeler andernorts sichtlich nicht davor zurückschreckt, die Sänger:innen auch frontal positionierend allein auf das Singen fokussiert zu inszenieren. Dabei hat ein Publikum immer Zeit. Eine klarere Separierung der Einzellieder voneinander und die Betonung ihres jeweiligen Genres bei zeitgleichem Bestreben, Druck aus dem Gesamten rauszunehmen, könnte Wunder wirken. *froh.*

«Tick, tick, ... Boom!», bis 29.10., Theater Hechtplatz, Zürich.

# «You are beating all the others, both in volume and quality»

Das Wirken im Hintergrund für die Fotografie durch Rosellina Burri-Bischof (1925–1986) kann nicht überschätzt werden. Die Fotostiftung Schweiz widmet u.a. ihrer eigenen Mitgründerin eine kleine Würdigungsschau mit Archivmaterialien.

Thierry Frochoux

Rückwirkend ist es nur mehr schwer vorstellbar, welche Hürden zu überwinden waren, die allererste Fotografieausstellung überhaupt in einer Schweizer Kunstinstitution zu verwirklichen. Rosellina Burri-Bischof wird als eine der zentralen treibenden Kräfte dafür genannt, dass im Herbst 1974 die Ausstellung «Photographie in der Schweiz von 1840 bis heute» im Zürcher Kunsthaus ausgerichtet werden konnte, die innerhalb von zehn Wochen von 70 000 Personen gesehen werden wollte. Zum Vergleich: Heute will das um ein Vielfaches an Fläche und Sammlungen erweiterte Kunsthaus die Richtzahl von 400 000 Besucher:innen jährlich erreichen. Hugo Loetscher eröffnet den dazugehörenden Katalog mit den Worten, die Ausstellung sei «ein einzigartiges Ereignis».

Die aktuelle Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit dem Rosellina-Archiv entstanden ist, stellt ihren Werdegang in Fotografien, Briefen, Korrespondenzen und wenigen Filmbeiträgen ins Zentrum. Hier ist zu erfahren, dass der Impuls auf sie zurückgeht, «Werner Bischof für das Thema der Kinder zu sensibilisieren». In den direkten Nachkriegsjahren reiste die ausgebildete Kindergärtnerin mit einer u.a. auch bei den Roten Falken und bei Kursen im Möslis am Albisgrat vertieften sozialistischen Sozialisation für das Schweizerische Arbeiterhilfswerk nach Rimini, wo sie das «Centro Educativo Italo-Svizzero» aufbauen hilft. Das frühe Praktikumszeugnis des Städtischen Jugendheims Höngg beschreibt Rosa Helene Mandel als einen «lauteren, fröhlichen Charakter» und fährt mit der Lobeshymne fort, dass sie sich «insbesondere in der Bereitung von Freude auszeichnet».

## Nicht zu überschätzende Wirkung

Mit den Reisen nach der Hochzeit mit Werner Bischof wächst ihre Weltläufigkeit, sie verfasst die Bildunterschriften und Texte für seine Reportagen und übernimmt alle administrative Arbeit. Als er 1952 als erster Fotograf des damals noch jungen



Rosellina Bischof mit Werners Fotoausrüstung, Tokyo, 1952: «Ich habe so gerne, wenn er so pröbelt. Wie ein Kind, das mit seinem Werkzeug zufrieden ist.» (Bild: Werner Bischof Estate/Magnum Photos)

Kollektivs Magnum Photos tödlich verunfallt, verfassen Henri Cartier Bresson, Cornell Capa und Robert Haas eine Art Manifest der vollumfänglichen agenturseitigen Unterstützung für die junge Witwe und Mutter. Auf einem Gruppenbild des Magnum-Treffens 1957 bildet sie den Mittelpunkt. Von 1956 bis 1968 verantwortet sie die Zürcher Niederlassung Magnum und dies dermassen erfolgreich, dass ihr Cornell Capa deponiert: «You are beating all the others, both in volume and quality.» Weil wenige Tage nach Werner Bischof Robert Capa bei der Arbeit getötet wurde und wenige Jahre später auch noch David Seymour, gründeten das Magnum-Kollektiv zuerst den International Fund for Concerned Photography und zehn Jahre später Rosella Burri, Cornell Capa und Eileen Schneidermann den Capa-Seymour-Bischof Photographic Memorial Fund, die beide mit dem Gedanken des Bewahrens, der Verbreitung und der Förderung von jungen Talenten ideell als indirek-

ter Vorläufer für 1971 die ebenfalls von ihr mitinitiierte Stiftung für Photographie in der Schweiz (heute: Fotostiftung Schweiz) genommen werden kann. Die Anzahl, die Grösse und die Wirkmächtigkeit der von ihr organisierten, teils im Zürcher Kunsthaus, teils im Centre Le Corbusier, teils während Jahrzehnten durch die Welt tourenden Fotografieausstellungen, die Herausgabe von Publikationen inklusive all des Kleinkrams im Hintergrund, kurz ihr Engagement für die Etablierung der Fotografie an sich ist immens und kann nicht überschätzt werden. Ihr riesengrosses Netzwerk wird mit einer Namenswand neben ihrem Konterfei am Eingang der Ausstellung angedeutet, ihre Unermüdlichkeit, ihr gewinnendes Wesen und ihre berufliche Hartnäckigkeit muss man sich vorstellen. Wohltuend, dass ihr jetzt gedacht wird.

«Rosellina (Burri-Bischof) – Leben für die Fotografie», bis 28.1.24, Fotostiftung Schweiz, Winterthur.

# Antisäkularer Obskurantismus

Die katholische Kirche hat ein Problem. Gewisse Privatschulen haben ein Problem. Im Dunkel ihrer undurchdringlich gehaltenen Strukturen beuten sie ihre Schützlinge unter dem Deckmantel der Hege und Pflege sexuell aus oder unterwerfen sie demütigenden Züchtigungen. Praktiken kommen ans Licht, die man in unserer Gesellschaft mit ihrem säkularen und aufgeklärten Selbstverständnis für lange ausgerottet hielt – sofern man nicht selbst davon betroffen war. Dank einer Studie von beherzten und unerschrockenen Menschen, die sich nicht scheuten, im modrigen Sumpf zu stochern und die Dinge beim Namen zu nennen, zeigt sich nun das beträchtliche Ausmass dieses Elends.

Es mag zutreffen, dass die betreffenden Privatschulen von den zuständigen kantonalen Kontrollorganen ungenügend beaufsichtigt wurden. Man möchte auf Marxens «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» zurückgreifen. Das mag im Falle von Privatschulen mit ihrer beschränkten Zahl funktionieren. Aber in der katholischen Kirche? Und in den Köpfen all jener Menschen, die immer noch oder neuerdings wieder ihren Glauben oder ihr quasireligiöses Weltbild über die Menschenrechte stellen? Man fühlt sich hierzulande ja gerne erhaben über den fundamentalistischen

«Islamischen Staat», den man als primitiv verlacht. Dass unser Staat von der Kirche getrennt ist, bedeutet leider noch lange nicht, dass die Menschen im Grunde ihres Herzens säkular denken und fühlen.

Fast möchte man angesichts der «Weltwoche» meinen, man sei endgültig im postfaktischen Zeitalter angekommen. Meint der Köppl das ernst, wenn er sich ebenso heldenhaft wie larmoyant in die Bresche wirft und nun die katholische Kirche verteidigt, oder ist das nur zynische Effekthascherei? Er setzt die katholische Kirche mit dem Christentum gleich und nennt sie die «älteste, grösste und erfolgreichste Organisation der Welt», als hätte es Judentum (tausend Jahre älter), Inquisition und Reformation oder die Vereinten Nationen (7,5 Mia. Mitglieder) nie gegeben. Er stellt Pädophilie mit Homosexualität gleich und dichtet ausgerechnet die katholische Kirche mit ihrer elementaren Verquickung von religiöser und staatlicher Macht als Bollwerk für die «Freiheit von Staat» um. Er stellt «Missbrauch des Missbrauchs» fest, nennt die Vorwürfe «teils faktenfrei», erkennt einen «Kulturkampf gegen die katholische Kirche» und «die Konservativen» im Allgemeinen, der von einer «Woke-Pseudoreligion» ausgehe, die der ganzen Welt das Korsett ihrer Ideologie aufzwingt.

Ich zweifle, ob ich jemals einen derberen antisäkularen, ahistorischen, obskurantistischen und «faktenfreien» Quatsch gelesen habe – der sich auch noch Journalismus schimpft. Wie sagte noch Kant, Vordenker der Aufklärung: «Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit Publizität verträgt, sind unrecht.» Und vor allem, mit seinem kategorischen Imperativ: «Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.» Und ausgerechnet ein Publizist möchte vertushtes Verbrechen an Schutzbefohlenen lieber unbenannt lassen! Neben wirksameren Kontrollen in den Privatschulen wünsche ich mir in der Volksschule weniger utilitaristische Konformität mit bürgerlichem Wirtschaftendenken, dafür aber mehr Mut zur Ethik und vertieftes historisches Bewusstsein.



Ina Müller

Reklame

**FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ,  
DIE VERANTWORTUNG ÜBERNIMMT  
FÜR EINE GERECHTE WELT.**



**SP  
LISTE 2**

**BISHER  
FABIAN  
MOLINA**

**UNSER KLIMA  
DEINE WAHL**

**GRÜNE JETZT. MEHR DENN JE.  
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT**